

Bezugspreis: Vierteljahr 9.- M., monatl. 2.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komposition ...

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 19. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.

Meinungsverschiedenheiten in Weimar.

Weimar, 18. Juni. (Eig. Drahtber. des „Vorwärts“.) Das Kabinett hat um 4 Uhr nachmittags seine Beratungen wieder aufgenommen, da diese noch nicht abgeschlossen sind.

Wie sich die Nationalversammlung stellen wird, ist noch nicht ersichtlich. Anhänger wie Gegner der Unterzeichnung behaupten, beide aus voller Ueberzeugung, daß die Mehrheit ihre Ansicht teile.

Die sozialdemokratische Fraktion tagte von 4 bis 7 Uhr abends. Die der Regierung angehörenden Parteigenossen waren in der Kabinettsitzung und da man sie bei einer so wichtigen Entscheidung natürlich nicht ausschließen kann, beschränkte man sich auf eine unverbindliche Aussprache.

Am gestrigen Morgenblatt des „Vorwärts“ ist infolge eines Druckfehlers zu lesen, daß die Nationalversammlung am 17. nachmittags zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten sei.

Weimar, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Parteivorstand hat an den Genossen Eduard Bernstein telegraphisch das dringende Ersuchen gerichtet, er möge eine Verschiebung des von der Einigungskommission einberufenen Sozialistenkongresses veranlassen.

Französische Beurteilung der Antwort.

Wird das französische Parlament annehmen?

Amsterdam, den 18. Juni. (Telun.) Die meisten nicht sozialistischen Blätter zeichnen sich, wie dem „Handelsblad“ aus Paris gemeldet wird, durch die strenge Beurteilung des Begleitberichts zu der Note der Alliierten aus.

Die Särung in der französischen Marine.

Paris, 18. Juni. „Matin“ meldet aus Cherbourg, daß der Marinepräsident von Cherbourg in einem Tagesbefehl die Ratten der Hochseeflotte in Cherbourg aufforderte, Plänen gewisser Matrosen nicht zu folgen und Manneszucht zu wahren.

Der Streik in Frankreich.

Achtstundentag für Bergleute.

Paris, 18. Juni. Der Senat nahm gestern die Vorlage über die Einführung des Achtstundentages in den Bergwerken mit einer Abänderung an, welche den Wünschen der Bergarbeiter entgegenkommt.

Die englischen Arbeiter nehmen an der interalliierten Sozialistenkonferenz nicht teil.

Amsterdam, 18. Juni. „Daily Herald“ meldet aus Paris, daß die Nichtteilnahme englischer Delegierter an der in Paris stattfindenden Sozialistenkonferenz bei den französischen, italienischen und amerikanischen Delegierten bittere Enttäuschungen erregt habe.

Die russische Politik Frankreichs.

Geistige Auseinandersetzungen.

Paris, 18. Juni. Die Kammer hat gestern die Erörterungen über die Politik der französischen Regierung in Rußland und über die Zwischenfälle in Odessa zu Ende geführt. Die ganze Sitzung stand im Zeichen starker Erregung.

Die Slowakei Räterepublik.

Budapest, 18. Juni. (DR) Aus Budapest wird vom 18. gemeldet: In einer Proklamation der slowakischen Regierung wird erklärt, daß die Slowakei mit dem heutigen Tage als selbständige Räterepublik geschaffen sei.

Der Verkehr über den Rhein gestört.

Köln, 18. Juni. Seit heute früh ist der Verkehr von dem rechten nach dem linken Rheinufer vollständig gestört.

Gründe und Gefahren eines Wortbruchs.

Von Viktor Schiff.

Paris, 17. Juni 1919.

Bekanntlich hatten die Regierungen der Entente die 14 Millionen Punkte angenommen, jedoch mit einem doppelten Vorbehalt, erster: bezüglich der Auslegung des Begriffes der Freiheit der Meere und zweitens bezüglich der Wiederherstellung der besetzten Gebiete.

Diese Erläuterung bezog sich ausdrücklich auf die Punkte 7 und 8 des Wilsonprogramms (Wiederherstellung Belgiens bzw. der besetzten Teile Frankreichs). Alles, was die Entente darüber hinaus an Schadenersatzforderungen stellte, ist ein einfacher Wortbruch!

Und als nun der Krieg beendet war, warnte das Land gegen die Verwirklichung der magischen Formel. Da stellte sich aber heraus, daß die „Vochs“ natürlich ebenso ruiniert waren, wie die Franzosen, und daß die magische Formel ein Selbstbetrug, wenn nicht gar ein Betrug am Volke gewesen war.

Über diesen Grundsatz in die Praxis umzusetzen, erwies sich natürlich ebenfalls als ein Ding der Unmöglichkeit. Daher folgte nun Artikel 232, der folgendermaßen beginnt: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erkennen an, daß die Hilfsmittel Deutschlands unter Berücksichtigung ihrer dauernden, sich aus den übrigen Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages ergebenden Verminderung, nicht anders zu beschaffen sind, um die volle Wiedergutmachung aller dieser Verluste und Schäden zu gewährleisten.“

Hier ist also der Boden des Wilsonprogramms und der Lansing-Note schon gänzlich verlassen, denn es ist da nicht mehr allein von den besetzten Gebieten die Rede, sondern von allen Schäden, die die Zivilbevölkerung aller alliierten Länder erlitten haben, und zwar wird diese Erweiterung der Haftbarkeit Deutschlands von einer ganz willkürlich ausgesprochenen theoretischen Haftbarkeit Deutschlands für alle Schäden und Verluste der Alliierten überhaupt abgeleitet.

Aber der Pöbel ist ein ganz anderer. Dann was sagt die betreffende Anfrage? „Als Schaden, der den Völkern der alliierten und assoziierten Mächte zugefügt ist, gelten alle Personen und gleichwertigen Vermögenswerten an die militärischen Opfer des Krieges (Heer, Marine- und Luftstreitkräfte), Verwundete, Kranke oder Invalide und an Personen, deren Ernterwerb diese Opfer waren; der Betrag dieser den alliierten und assoziierten Regierungen geschuldeten Summen wird für jede dieser Regierungen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des gegenwärtigen Vertrages zum Kapitalbetrag der besagten Pensionen

und Vergütungen auf Grund der in Frankreich am jenem Datum geltenden Tarife berechnet.

6. Die Kosten der Unterstufungen, die von den Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte den Kriegsgefangenen ihren Familien und den von ihnen abhängigen Personen gemahnt wurden.

7. Die von den Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte an die Familien und andere abhängige Personen der Mobilisiereten und in der Armee Bedienten gewährten Zuwendungen...

Da weiß man nicht, worüber man mehr staunen soll: über den Jesuitismus, mit dem der Wortbruch verschleiert wird, über den Wahnsinn, der diese Bestimmungen diktiert hat, oder über deren Dummheit und Kurzsichtigkeit.

Jesuitismus ist es, wenn man mit diesen wenigen Worten: „Als Schaden, der den Völkern zugefügt ist, gelten“... Deutschland eine Verpflichtung auferlegt, deren Widerspruch zum Wilson-Programm und zur Lansing-Note zum Himmel schreit.

Wahnsinn ist es, von Deutschland eine Summe zu verlangen, die sein Volkvermögen um ein Vielfaches übersteigt. Denn alle Pensionen an Kriegswitwen und Waisen und Invaliden, außerdem noch die Zurückhaltung der Familienunterstützungen (und zwar gilt das nicht etwa nur für Frankreich und Belgien, sondern für alle Staaten der Welt, die mit uns im Kriege standen!), machen eine Gesamtsumme aus, die die Alliierten selbst nicht im Stande wären, sogar annähernd zu bezahlen.

Dummheit und Kurzsichtigkeit war es von Seiten der Franzosen, diese Klauseln durchsetzen zu wollen; denn dadurch haben sie sich selbst ins eigene Fleisch geschnitten. Denn für jeden zünftigen Wirtschaftspolitiker hätte es doch klar sein müssen, daß die Summe, die Deutschland bezahlen kann, jedenfalls die gleiche Maximalsumme bleibt, ganz gleichgültig, ob sie von den Alliierten zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete oder zu einem anderen Zwecke verwendet wird. Die versprochene Wiedergutmachung hätte Deutschland sowieso nur unter Anspannung aller produktiven Kräfte und unter schier unerträglichen Opfern leisten können. Aber es hätte sie schließlich doch geleistet, und sei es nur deshalb, weil es sich dazu verpflichtet hatte. Aber vom Augenblick an, wo Frankreich auch seine Pensionen und Unterstützungen in das Kapitel der Wiedergutmachungen hat durchschmuggeln wollen, haben seine sämtlichen Bundesgenossen aus allen fünf Erdteilen gesagt: „Schön! Aber dann — auch ich!“ Und da begann das wahrhaftige Abdieren und Vernunft, ohne die Summen auch nur annähernd anzugeben. Hätte sich Frankreich an sein gegebenes Wort gehalten, dann würde es von Deutschland eine anständige Wiedergutmachungssumme erhalten haben, so aber muß es mit England, Rumänien, Neuseeland, Siam und anderthalb Duzend anderer Staaten teilen. Käme also der Vertrag, der uns am 7. Mai überreicht wurde, zur Durchführung (d. h. so weit es überhaupt geht), dann versähen auf jeden einzelnen Staat nur ein paar Broden. Und dies wäre die gerechte Strafe für den begangenen Wortbruch; denn das Wilson-Programm hatte in Fragen der Wiedergutmachungen Frankreich und Belgien eine Art Vorzugsstellung, die nicht ganz unbedeutend war, eingeräumt, während sich jetzt jeder für gleichberechtigt erachtet wird, das tatsächlich überfallene Belgien ebenso wie unabweisliche Angreifer, wie Italien und Rumänien.

Das sind also die Gefahren dieses Wortbruchs für Frankreich selbst. Und wenn man nun die Beweggründe dieser bodenlosen Dummheit untersucht, so stößt man bald auf den wunden Punkt der Clemenceauschen Politik. Man hatte dem Volke vorgeschwindelt, daß der Boche bezahlen würde, und um nun den Schein zu wahren, hat man die Durchführung der früheren Formel wenigstens auf dem Papier durchsetzen wollen. Der französische Steuerzahler soll vorläufig in dem Wahn leben, daß Deutschland die Pensionen und ähnliche drückende Lasten wird tragen müssen.

Man will, solange es überhaupt geht, den französischen Kapitalisten schonen. Eine offene, mutige Politik verlangte, daß man auch in Frankreich zu weitgehenden Vermögensbeschlagnahmen, Sozialisierungen und sonstigen radikalen Maßnahmen griffe. Aber Frankreich ist heute, namentlich auf finanziellem Gebiet, der reaktionärste, kapita-

listischste Staat Europas. Die französische Bourgeoisie wehrt sich mit allen Kräften gegen Maßnahmen, die ihren Geldbeutel gefährden. Deshalb schreit sie auch unermüdet, daß Deutschland allein schuldig und haftbar ist, und daß es nicht angehe, das französische Kapital, das unschuldige, anzulasten, solange es noch einen Frenig vom verbrecherischen deutschen Kapital und Volkvermögen gibt. Vor etwa zwei Wochen entwarf der französische Finanzminister Aloy im Senat ein sehr düsteres Bild der finanziellen Lage Frankreichs, sowie seiner budgettechnischen Klänge. 5 Milliarden Steuern sollen jährlich aufgebracht werden. Wodurch aber? In vier Fünfteln durch indirekte Steuern, namentlich auf allerhand Genussmittel (Tabak, Wein usw.) und nur zu einem Fünftel durch Besteuerung der im Kriege entstandenen Vermögen. Frankreich, das gelobte Land der Kriegsgewinnler! Aber wie lange noch? Zusehends spitzt sich hier die Kone nach innen und nach außen zu. Im Innern sind es die Preise der Lebensmittel, die unaußnahmlich steigen und die infolge der neuen Steuern erst recht steigen werden. Eine ungeheure Lohnbewegung hat in den letzten Wochen eingesetzt, die überall um greift.

Diese Streiks werden wahrscheinlich über kurz oder lang beizgelegt werden. Aber sie sind nur ein Anfang. Die Zeit der allgemeinen Abrechnung naht, auch in Frankreich. Bis vor kurzem hatten wir nicht daran geglaubt, weil das Land siegreich war und genug zu essen hatte. Aber wenn die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Der erste Auszug aus der gegnerischen Antwort.

Weimar, 18. Jni. Die von der Entente übergebenen Dokumente befehlen, wie bereits gemeldet, aus der Mantelnote, einem Memorandum, in dem die Veränderungen des früheren Vertragsentwurfs angeführt werden, dem Statut für die besetzten Gebiete und einem Exemplar des ursprünglichen Vertragsentwurfs, in welchem die Veränderungen mit roter Tinte eingezeichnet sind. Ueber die Grundzüge der gegnerischen Antwort ist folgendes zu bemerken:

In dem Völkerbundstatut wird nichts geändert. Deutschland soll vor seiner Aufnahme in den Völkerbund erst eine Art Probezeit durchmachen, und wenn es seine Vertragstreue beweisen und Gewähr für sein Wohlverhalten gebe, soll nichts mehr im Wege stehen, daß es in nicht allzu ferner Zeit in den Völkerbund aufgenommen wird.

In Bezug auf die territorialen Fragen wird nichts geändert an den Bestimmungen für Belgien, Luxemburg, das Saargebiet, Elsaß-Lothringen und Deutschösterreich. Für das Saargebiet war schon vorher in dem Rotenbuch die finanzielle Bestimmung über den Rücklauf der Mienen geändert worden. Bezüglich Westpreußens, Danzigs und Ostpreußens, und zwar sowohl bezüglich der südlichen Kreise bei Allenstein sowie auch Memels wird nichts geändert. Nur die Garantien für den Eisenbahndurchgangsverkehr durch Westpreußen nach Ostpreußen sind verstärkt und präzisiert gefaßt worden. Eine Grenzkorrektur zugunsten Deutschlands ist insofern vorgesehen, daß nicht mehr gewisse Teile Pommerns in das polnische Gebiet fallen sollen. Für Oberschlesien soll eine Volksabstimmung in einer später festzusetzenden Zeit erfolgen. Wo das Land von alliierten Truppen besetzt werden. Falls die Abstimmung zugunsten Deutschlands ausfällt, sollen Garantien für den Bezug der ober-schlesischen Kohle dahin geschaffen werden, daß Deutschland ebenso wie Polen in Oberschlesien Kohle erwerben kann. In Schleswig ist auf Antrag von Dänemark die dritte, die südliche Abstimmungszone sollen gelassen werden.

In der Kolonialfrage wird jedes Entgegenkommen kategorisch abgelehnt, wiederum unter Hinweis auf die Sünden unserer kolonialen Verwaltung, wobei auf frühere Reden von Erzberger und Koke im Reichstag Bezug genommen wird.

Auch die Bestimmungen über unser Verhältnis zu Rußland werden nicht geändert.

In Bezug auf die deutschen Rechte und Interessen außerhalb Deutschlands, also Außenhandel und Schifffahrt, sind keinerlei Konzessionen gemacht worden. Es bleibt bei dem Vertragsentwurf hinsichtlich der deutschen Handelsflotte. Das gleiche gilt für die Grundlagen unserer Schadensersatzpflicht. Unser finanzieller

Gegenvorschlag ist nicht akzeptiert worden, die früheren Bedingungen haben in ihrem Wortlaut selbst keine Änderung erfahren. Nur wird in dem Memorandum zugesagt, daß Deutschland innerhalb vier Monaten nach Friedensschluß das Recht haben soll, seine Vorschläge zu machen. Aber die alliierten Mächte können diese annehmen, ablehnen oder ändern. Eine neutrale Instanz über Streitpunkte wird dabei abgelehnt. Eine ebensolche deutsche Kommission neben der Kommission des Reparations wird zugelassen behufs Verhandlungen mit der gegnerischen Kommission. Aber bindende Entschlüsse hat allein die letztere zu fassen. Dagegen wird festgesetzt, daß die Friedensbedingungen nicht eine unmittelbare Ingerenz der Kommission des Reparations in die deutsche Verwaltung bedeuten, jedoch kann die gegnerische Kommission unser Budget prüfen und Reichsausgaben streichen. Ausdrücklich wird erklärt, daß eine unmittelbare Einmischung in die Verhältnisse einzelner Fabriken nicht stattfinden soll.

Unsere Gegenrechnungen werden nicht erweitert, unser ganzes Heeresgerät und Flottenmaterial und unsere ganze Handelsflotte werden nicht angerechnet.

In den allgemeinen handelspolitischen Bestimmungen wird gleichfalls nichts geändert. Deutschland wird auch für den Fall seiner Aufnahme in den Völkerbund die allgemeine Gleichberechtigung nicht zugesprochen. Das Memorandum enthält lediglich programmatische Erklärungen, daß die alliierten Mächte zu gegebener Zeit diese Fragen prüfen werden.

Neu ist ein besonderer Vertragsentwurf über die Besetzung der rheinischen Gebiete. Die Fristen der Besetzung werden nicht geändert, sondern nur im einzelnen bestimmt, wie das Gebiet während der Besetzung verwaltet werden soll. Eine Viermännerkommission, bestehend aus je einem Vertreter von Frankreich, Belgien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten stellt als Vertreter der gegnerischen Mächte gegenüber Deutschland an der Spitze der Zivilverwaltung, sie hat gesetzgebende Gewalt nur für die Fragen der Unterhaltung, Sicherheit und Bedürfnisse der Besatzungstruppen. Im übrigen liegt die ganze Zivilverwaltung bei den deutschen Behörden, es bleiben auch die deutschen Gerichte. Die deutschen Behörden unterstehen auch der deutschen Zentralregierung. Die gegnerischen Besatzungstruppen behalten das Recht der mittelbaren Requisition, und zwar nach den Grundsätzen der Haager Landkriegsordnung.

Das Personal von Verkehrsstellen, Post, Telegraph und Eisenbahnen, muß den Befehlen der Besatzungsarmee folgen, soweit diese zu militärischen Zwecken erteilt werden.

In den Rechtsfragen sind Zugeständnisse gemacht, die zum Teil der Bedeutung nicht entbehren. Die Liquidierung des deutschen Privateigentums im feindlichen Ausland soll nur so weit Platz greifen, als sich dieses Eigentum bei Friedensschluß bereits im feindlichen Ausland befindet. Auch ist das Liquidationsverfahren in den an Polen und Dänemark abzutretenden Gebieten zugunsten der deutschen Berechtigten geändert, ferner die Ueberlegungsfrist, die sich die Alliierten für die Einführung des Clearingverfahrens vorbehalten haben, von 6 auf 1 Monat herabgesetzt. Auch in der Behandlung des gewerblichen Schutzrechtes sind Zugeständnisse ähnlicher Art gemacht.

In den Verkehrsfragen beschränken sich die Zugeständnisse darauf, daß Deutschland in der Oberkommission fünf eines Vertreters deren drei erhalten soll, daß es sich an den Beratungen der Kommission für die Ausarbeitung einer neuen Donauschiffahrtsakte beteiligen darf, jedoch ohne Stimmrecht. Bei dem Bau des Rhein-Donau-Schiffahrts-Weges soll ein ferner nicht mehr einseitig vorgeschrieben werden, was wir bauen sollen. Auch ist die früher vorgesehene Möglichkeit, den Kieler Kanal einer internationalen Kommission zu unterstellen, fallen gelassen worden. Endlich ist die Verpflichtung Deutschlands zum Bau neuer Eisenbahnen erheblich eingeschränkt worden.

Die sofortige Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen war schon zugestanden, aber unser Verlangen, auch die wegen gewisser Straftaten in Haft befindlichen Gefangenen freizulassen, wird abgelehnt.

In den Militärfragen wird das Zugeständnis gemacht, daß wir zunächst drei Monate lang 200 000 Mann behalten dürfen, dann soll eine internationalisierte Kommission zusammentreten und prüfen, was wir für die nächsten drei Monate halten und das soll bis zu dem Zeitpunkt vom 31. März 1920 so fortgesetzt werden. An diesem Termin muß die Rindeigenganz von 100 000 Mann spätestens er-

Das Jahr eins! nach...

Von Hugo Dillig

Es war mitten im Blutcauch des Weltkrieges. Da stang aus dem tiefen Orient heraus eine veronnene Rohnung, ein laises Knochen an das Gewissen der Menschen, wenn erst der Wirtausch ausgetobt habe, auch äußerlich einen Strich unter diese Bergangenheit zu ziehen, deren letzte Frucht eben der Fortschrittswahn war. Und eben auch bleiben sollte, wenn man mit diesem Feuer-Red im Zeitensilde die Bergangenheit abschleife und mit dem Tage des Friedens neu zu zählen anfübe: Jy Jahre eins nach... Es war ein Priester in Persien, der diese Mahnung als einen Beschlus heraufklingen ließ. Aber wie hatten in unserem Europa verflucht wenig Zeit und Sinn für solche Veronnenseiten eines Mannes weit hinten, nein, noch weit hinter der Türkei, der von sich aus behaglich gesehen konnte, wie im Proszenium des weltgeschichtlichen Theaters die Völker aufeinanderstießen.

Und doch dünkt mir, hätte dieser Seid Gibbetidin Schatzkasson den Weltkrieg besser verstanden, als manche unserer Kriegsabgeleiteten. Als ein Diener der Menschheit fühlte er, als er den Vordrill aussprach, den Tag des Friedensschlusses als den Beginn einer neuen Zeitrechnung zu feiern und damit die christliche und mohammedanische Zeitrechnung und Jahreszählung zu beenden. Das Jahr des Friedensschlusses, da man zählt „nach Christi Geburt“... sollte eine reiche und bewegte, aber auch eine durchschlossene Geschichtsspanne abschließen, in der nicht das wenigste Blut eben um den Namen Christi willen geflossen war. Und das Jahr des Friedensschlusses... sollte auch die mohammedanische Zählung der Jahre beenden, die nicht weniger mit blutigen Zeitem geschrieben worden sind, denn Blut und Eisen waren gerade auch die Apostelgezeiten des Islams genugsam gewesen. Und dann sollte, so sagte der persische Priester, mit dem Tage des Friedensschlusses ein neues Zeitalter anbrechen. Für alle Völker werde eine Zeit gemeinsamer Lebensbedürfnisse, gemeinsamer Lebensanschauungen und Lebensanteile beginnen, und es bedürfe darum eines gemeinsamen Anfanges für die Geschichte der Menschheit.

Es war kein Beschlagen in seinen Worten über eine Wendung des Fatums, das unentzinnbar sich über den ganzen Erdball zur Geltung brachte. Es ließ diese Mahnung die tiefe Einsicht in die Bedingtheit aller Geschicknisse erkennen, die dem Orient intuitiv näher liegt, als aller Klugelei und Spekulation unserer westlichen Philosophen in Europa. Und darum sprach auch kein Wort des Hasses in dieser Mahnung mit; die Menschheit und ihr

Kriegstreiben war wie von einem hohen Turm gesehen, wie ein Bild aus großer Entfernung, bei dem alle Einzelheiten sich einordnen in die einfachen großen Eindrücke. Aus diesem Anlebens-Schauen heraus mußte der Gedanke stammen: Völker, schließt die dunklen Pforten der alten Zeit, seht neu an, als Menschheit zu leben. Vielleicht würde ein anderer Lyneus der Menschheit, Goethe, sein Gefühl, daß mit dem Tag von Volmy ein neuer Abschnitt der Weltgeschichte beginne, auch nicht anders — hätte er diese unsere Zeit erlebt — aussprechen können.

Wann aber wird dieser Tag des Friedens sein? Nicht des Friedens, wie ihn die Verfasser des biden Wägers, genannt Friedeverttag, auffassen, eines Friedens, der auf der einen Seite der Unterlegenen Tod und Mähfal, auf der anderen Wahnsinn des Siegers bedeutet. Daß dieser Friede keinen Abschluß der alten Zeit und ihres Blut- und Eisengeschies bedeuten kann, ist klar. Die alte Zeit wird kraft eines solchen Friedens nur mit gesteigerten Mitteln fortgesetzt: Vergewaltigung, Mißachtung, Hah, hohe Wutrade bis ins dritte und vierte Glied, Verdrückungsjuch, Ausbeutung des Schwachen. — die alte vertraute Weise, die noch kein Christentum, kein Islam hat mildern können. Alles das steht an der Pforte der Zeit, die nach dem Frieden anbrechen soll. Es ist, als wenn sich die Sonne verhängte mit trübem erkältemdem und allen Herdenlang erlöndem Gewöl, als wenn ein ewig grauschwarzer Himmel uns und unserer Kinder Zukunft überschatten werde.

Denn dieser Friede ist kein Frieden. Er ist der Nebelpunkt, von dem aus das Schicksal der Menschheit noch weiter erschüttert werden kann. An ihn werden Millionen und aber Millionen immer noch nur mit einem Fluch auf den Lippen denken können, und es mühten nicht Menschen der alten Zeit sein, geboren in den Jahren, die man zählte nach Christi Geburt, wenn sich nicht zugleich auch die Faust ballte und das menschliche Gefühl der Wiedervergeltung sich aufreichte und anreichte, bis es eines Tages wieder sich Luft verschafft, so oder so.

Das wird kein Unterlegenen sein. Und auch den Sieger wird ein solcher Frieden nicht froh machen, das heißt wirklich froh im innersten Herzen. Siegesbeute kann nur trunken machen. Und nach der Trunkenheit kommt die Sorge, das Erbautete zu behalten. Die geringste Nachlässigkeit hat zur Folge, daß das Erbaute den gierigen Händen entgleitet, und alle Sieger zeigen in ihrem weltgeschichtlichen Wille schließlich doch nichts weiter als die mißleid-erregende Gestalt, die nach und nach wieder verliert, was sie an sich gerissen hatte. Der einzelne kann von seinem Reichum nichts mit in das Grab nehmen, und da auch Völker sterben können und gerade am häufigsten sterben an den Ueberlebungen bei Sieges-

mählern, so gilt für sie mehr als in besonderem Sinne die alte Weisheit, daß alles eitel ist.

Diese Friedensforderungen für Sieger und Besiegte stehen durchaus nicht in weiter Ferne. Es will scheinen, als wenn die Friedensverhandlungen nur ein Zwischenakt seien, nach dem sich der Vorhang aufs neue öffnen werde — der nächste Akt oder vielleicht auch ein neues Schauspiel mit anderen Personen und anderen Prospekten. Wir glauben schon zu hören, was sich hinter dem Vorhang gestaltet, „nichts Gewisses weiß man nicht“, aber an das Beste glaubt man nicht.

Aber nur der Glaube an das Beste kann uns erhalten. Und zu diesem Glauben gehört auch der an das Jahr eins nach... Der fatalistische Gedanke ist unerträglich, daß die alte Jahreszählung und die alte Zeit weitergehen würde, und daß die steigenden Zahlen auch zugleich, wie es bisher doch eigentlich war, trotz allen Fortschritten und Entwürfungen, eine Steigerung der Kulturhemmungen bezeichnen. Kultur verstanden als den Willen zum befreienden Aufbau alles rein Menschlichen im Gegensatz zum Tierischen, das den Menschen herabzieht. Oder ist es nur ein Großwahn des Menschen, daß er über dem Tiere stehe?

Und wenn es so wäre, daß das Tier in seiner unverbrauchten, unverfälschten Natur den Menschen lehren könnte, auch dann verlohnte es sich, mit aller Inbrunst an das Jahr eins nach... zu denken und dafür zu arbeiten. Denn dann mühte das neue und eine neue Zeitrechnung eröffnende Jahr einen neuen Anfang bedeuten, der uns herausführt aus aller Sklaverei, die eine mißverstandene Kultur über uns verhängt hat. Dann könnte das Menschliche getroffen mit dem Tierischen verglichen werden, ohne daß eine Herabwürdigung sich damit verbände. Denn es würde im Kernpunkt einer solchen Anschauung das Leben und die ihm inne-wohnende Sorge um die Erhaltung des Daseins und die Fortpflanzung der Art. Das ist das Wesen des tierischen Lebens überhaupt, also auch des menschlichen. Daß der Mensch dieses Wesen allmählich ausgezittelt, kompliziert gemacht hat, ist sein Verdienst, aber auch sein Schicksal. Vielleicht sehen, wie es auch im Tierischen vorkommt, im unentzinnbaren Gefolge dieses Schicksals solche Katastrophen, wie der Weltkrieg für die Menschheit eine war.

Aber die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß solche Katastrophen nicht allgütliche „Höhepunkte“ der Entwicklung sind. Vernichtend wirken sie im Tierischen auch, aber die Tiere können sich entschuldigen: sie haben keine „menschliche Vernunft“. Menschliche Vernunft mühten aber zum mindesten die Menschen haben, und diese Vernunft sollte die animalische Vernichtungskatastrophe ablenken, zerstreuen, aufteilen, wirkungslos machen können. Die menschliche Vernunft hat das aber freilich nicht in 1919 gütlich gestützt

Preussische Landesversammlung.

52. Sitzung, Mittwoch, den 18. Juni 1919.

Die Besprechung der förmlichen Anfragen über Handel und Lebensmittelwirtschaftung wird fortgesetzt.

Hg. Gerbert (Soz.) begründet die sozialdemokratische Anfrage über die Preise der Bekleidungsstücke. Er verlangt die planmäßige Herabdrückung der Preise durch Regierungsmassnahmen; er empfiehlt dabei Ausschaltung des Zwischenhandels und unmittelbare Belieferung der Verbrauchergemeinschaften.

Damit sind aber zweifelhafte Handgranaten gemeint.

(Lebhafter Bewegung.) Wenn infolge der Hebe des Landbundes der Landwirtschaftspreis einsetzt und die hungernden Arbeiter auf das Land kommen, dann wird man sie nicht mit Lebensmitteln versehen.

Sondern die sogenannten Einwohnerwehren werden sie mit Handgranaten begrüßen.

(Lebhafter Hört, hört!) Durch schamlose Verdächtigungen will der Landbund auch vor dem Eintritt in den Verband der Landarbeiter warnen. Den Arbeiterräten wird die Kontrolle in den Landbezirken unmöglich gemacht.

Unterstaatssekretär Köhler: Die unbefriedigende Preislage für Lebensmittel und Verbrauchsgüter ist auf die Auslandsperre, die Verringerung der Erzeugung, den Schleichhandel und neuerdings auch auf Transporterleichterungen zurückzuführen. Da die Marktpreise durchweg weit unter den Weltmarktpreisen liegen, würde im Augenblick ihre Senkung undurchführbar sein.

Amnestie ausgeschlossen

werden. (Beifall.) Zur Hebung der Arbeitslosigkeit wird auf die Kapazität der Erwerbslosenfürsorge, die Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, den Schutz der Arbeitswilligen zur Verhinderung wilder Streiks und auf die Verbesserung der Arbeitsleistung durch Anreizlöcher Wert gelegt werden müssen. Ein Reichsindustriefonds zur Beilegung der Produktion wird beraten. Zur Befreiung der Bevölkerung in der Lohnpolitik wird eine Zentralstelle mit der Aufgabe der Befreiung unbegründeter Verschiedenheiten der Löhne in Staats- und Privatbetrieben. Die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels wird auf Grund eines Vorschlags der Sozialisierungskommission im Reichsministerium des Innern nachgeprüft.

Ein Regierungsvertreter entscheidet den Handelsminister mit der Notwendigkeit seiner Teilnahme an den Weimarer Friedensbesprechungen.

Hg. Ehlers (Dem.): Keine Parteifreunde hätten die Aussetzung der Besprechung bis zum Wiedererscheinen des Ministers gewünscht. Wenn wir vorwärts kommen wollen, dann müssen die ewigen Streiks aufhören. In Frankfurt am Main haben eine Handvoll Leute viele Tausende Arbeiter zum Streik gezwungen.

Hg. v. d. Osten (Nat. Vp.): Bisher gehörte es nicht zur sozialistischen Lehre, wirtschaftliche Kräfte mit Polizeigewalt zu bekämpfen, so wie ihn der sozialdemokratische Unterstaatssekretär Köhler gegen den Schleichhandel in die Schranken rufft. (Gelächter links.) So ist die Verzögerung der Landwirtschaft nicht zu befechtigen. Das Gesamtinteresse aller Glieder des Volkes, das der Ernährungsminister gestern in den Vordergrund gestellt sehen wollte, ist

unter der Hohenzollernherrschaft viel wirksamer als jetzt berücksichtigt worden. (Gelächter links.) Die vom Minister gestern angegriffenen Forderungen des Landbundes haben einen berechtigten Kern. Dem Volke müssen die Augen über die katastrophale Gefahr geöffnet werden, in der wir vor der nächstjährigen Ernährungsperiode stehen. Der Minister war nicht im geringsten berechtigt, von einer Profitgier der Landwirtschaft zu sprechen. Der Landbund läßt sich nicht von materiellen, sondern von patriotischen Beweggründen leiten. (Große Anruhe links.) Der Minister hat von der

Blaspheme der Landwirtschaft

gesprochen; ich will hoffen, daß das Volk nicht eines Tages sagt: die schlimmste Hungerplödeke kam uns von der Republik. (Stürm. Unterbrechungen. — Ruf: Verteidiger des Buchers! — Lebhafter Gegenruf rechts, andauernder großer Lärm.) Nur wenn Sie der Kollage der Landwirtschaft mehr Verständnis entgegenbringen, werden Sie eine Ernährungskatastrophe verhindern. (Lebhafter Beifall rechts, große Anruhe links.)

Hg. Peters (Soz.): Wenn hier von der Kollage des deutschen Volkes gesprochen wird, dann hat die Rechte zu schweigen, denn sie ist daran schuld. Die Wahrheit wollen Sie nicht hören, aber kein Mensch kann doch davon zweifeln, daß die Aufhebung der Zwangsirtschaft von unabweislichen Preissteigerungen begleitet sein würde. Beweis, die Lage auf dem Eier- und dem Fleisemarkt. Nicht Aufhebung der Zwangsirtschaft, sondern Förderung des Genossenschaftswesens und Ausbau der Zwangsirtschaft sind die Forderungen des Tages. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Ristert (P.) bespricht den Arbeitermangel auf dem Lande und wendet sich gegen die Vorwürfe, daß die Landwirtschaft Bucher getrieben habe. Auch die Arbeiterschaft beteiligte sich am Schleichhandel.

Hg. Mehrhoff (U. Soz.) wendet sich entrüstet gegen den Vorwurf des Vorsitzenden, daß

90 Proz. der Arbeiterräte Schleichhandel getrieben hätten.

Die Annahme der Landhändler und der anderen Agrier würden für die arbeitende Arbeiterschaft ein Ansporn mehr zur Lösung des pörslichen Anotens sein. (Lebhafter Hört, hört! rechts.) Die einzige Rettung aus den heutigen Wirren sei die

Kommunalisierung und Sozialisierung.

Denn keine sich die jetzige Regierung nicht ausschlagen zu können. Es sei unerhört, daß überhaupt die Forderung zur Wiedereinführung des freien Handels in dieser Zeit schamlossten Buchers aufgestellt worden sei.

Hg. Geth (D. Vp.) bedauert, daß der bei den Eiern gemachte erste Versuch des Abbaues gescheitert sei insofern, daß immer noch

Buchpreise beständen, aber Eier seien doch sehr wenigstens zu haben. (Großer Lärm links.)

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird angenommen. Der unabhängige Antrag auf Wiedereinführung der Zwangsirtschaft für Eier wird gegen die Stimmen der beiden sozial-

demokratischen Parteien abgelehnt, ein Antrag der Sozialdemokraten auf staatliche Regelung der Bekleidungspreise wird angenommen.

Weiterberatung der Anträge Freitag 12 Uhr. Schluß 8 Uhr.

Prozeß Ledebour.

Die Reden der Staatsanwälte.

Staatsanwalt Schae untersucht die Frage der Beteiligung des Angeklagten

an den ihm zur Last gelegten Straftaten. Da der Angeklagte in der Voruntersuchung von seinem Recht Gebrauch gemacht hatte, nichts auszusagen, so mußte hier eine große Reihe von Zeugen vernommen werden, darunter verschiedene, die sich an die Verteidigung herangedrängt hatten, um Aussagen zu machen, die mit der Sache gar nicht im Zusammenhang stehen. Der Angeklagte hat hier dargelegt, daß die Revolution vom 9. November seine Erwartungen nicht erfüllt hat und daß er deshalb bestritt war, die Regierung zu stützen. Was er in dieser Hinsicht angeführt hat, ist nicht geschichtliche Wahrheit, sondern die Darstellung eines Beteiligten. Aber daß es seine Auffassung war, daran ist bei einem Manne, der lange Jahre im parlamentarischen Leben steht, nicht zu zweifeln. Er war überzeugt, daß die Revolution versucht war und daß er das Recht habe, sie weiterzutreiben. Diese Überzeugung des Angeklagten muß also bei der Beurteilung berücksichtigt werden. Die Absehung Eickhorns bildet den Anlaß zu den Januarrufen. Wir haben dem Angeklagten zugestimmt, daß er der Überzeugung war, die Regierung habe kein Recht gehabt, Eickhorn abzusetzen; obwohl sie das Recht tatsächlich hatte. Wir konnten, um den Prozeß

nicht ins Unreife

zu führen, nicht auf die Beweisurteile eingehen, die sich mit Vorgängen beschäftigen, welche der Vorgeschichte des Prozesses angehören und mit diesem nicht in Zusammenhang stehen. Das gilt für die Vorgänge am 6. Dezember und auch für Dinge, die sich bei der Verhaftung des Angeklagten abspielten. Was wir über diesen Punkt von Zeugen gehört haben, hat nicht das geringste dafür ergeben, was der Angeklagte über angebliche Vorpläne angeführt hat. Selbstverständlich mußten den Verhafteten gegenüber die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen zur Verhinderung der Flucht getroffen werden. Wenn es dabei nicht ohne Härten und Schrottheiten abging, so erklärt sich das aus der stürmisch bewegten Zeit des Aufmarsches. Aber von dem, was daraus gemacht worden ist, ist nichts erwiesen. Die Glaubwürdigkeit des Grafen Westarp ist angezweifelt worden. Das meiste, was aus ihm herausgeholt wurde — er ist ja geradezu ausgedrückt worden — gehörte gar nicht zur Sache. Aber es ist kein Zweifel, daß er auch in diesen Punkten die volle Wahrheit gesagt hat. Die Zeugen, die ihn gesehen haben wollen bei den Vorgängen, bei denen er seiner Annahme nach gar nicht zugegen war, müssen sich geirrt haben. — Auch die Angaben des Zeugen Tiefenhausen sind fast angefochten worden. Er hat ja nicht die Qualität des Zeugen Westarp, aber in den Punkten, auf die es ankommt, sind seine Angaben von anderen Zeugen bestätigt worden. Der Zeuge Tiefenhausen kann also ganz ausfallen. — Der dritte angefochtene Zeuge ist der damalige Stabkommandant Fischer. Was er hier angibt, ist eine mutige offene Vorlegung der schwierigen Stellung, die er damals hatte. Seine tatsächlichen Angaben sind auch durch den Zeugen Hübner nicht erschüttert worden. Vieles, was auch trotz der Zeugenaussagen noch dunkel geblieben ist, hat der Angeklagte Ledebour durch seine Darlegungen selbst aufgeklärt. Hieraus und aus den Zeugenaussagen ergibt sich, daß infolge des Streites zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien die Anhänger der einen, die sich um den Polizeipräsidenten Eickhorn scharten, schon vor den Januarrufen

systematisch bewaffnet

wurden. Dann wurde am 6. Januar der „Vorwärts“ befehligt, was der Angeklagte nachträglich bestätigt hat. Bei der Befehlsgebung wurden Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen verübt, das Gebäude wurde in Verteidigungszustand gesetzt, Maschinengewehre wurden eingebaut und die Mannschaft gruppenweise in dem Gebäude untergebracht. In den Geschäftsräumen des Hauses sind Diebstähle verübt worden. Die an der Befehlsgebung beteiligten Arbeiter waren zwar dazugegen, aber der Bewegung hatte sich, wie das in solchen Fällen zu geschehen pflegt, der Janbengel angeschlossen und es wurden auch Hauszüge in der Umgebung des „Vorwärts“ verübt. Bei der Befehlsgebung des „Vorwärts“ handelte es sich nicht nur darum, daß die Kräfte der Arbeiter nach den Arbeitern geraubte Waffen zurücknehmen wollten, sondern sie haben das Weitererscheinen des „Vorwärts“ verhindert, sie haben

die Pressefreiheit getnebelt.

Auch die Häuser Bürenstein und Rosse wurden in ähnlicher Weise befehligt, auch dort wurden Diebstähle verübt. Der Schlesiische Vorkrieg wurde von den Aufsehern befehligt und Lebensmittelbestände wurden geraubt. Eine wichtige Rolle hat auch die Befehlsgebung der Kommandantur gespielt. Die verübte Befehlsgebung des Kriegsministeriums ist nur von untergeordneter Bedeutung.

Staatsanwaltschaftsreferent Schae bespricht weiter die Vorgänge vom 5. und 6. Januar. Ein gewaltiger Demonstrationzug bewegte sich von der Siegesallee nach dem Polizeipräsidium, wo der Angeklagte Ledebour eine Rede hielt, die sich in äußerst scharfer Weise gegen die Regierung wandte. Aus der Menge ertönten Rufe nach Waffen, worauf der Angeklagte sagte, wartet nur ab, die Zeit wird schon kommen. (Widerpruch des Angeklagten.) Einige Zeugen haben sich in diesem Sinne ausgesprochen. Danach formten sich die Märg, die zur Befehlsgebung des „Vorwärts“ und der anderen Zeitungen schritten. Währenddem trat der Angeklagte mit seinen Freunden zu einer Besprechung zusammen. Da bekam er die Nachricht, daß

der „Vorwärts“ befehligt

worden sei. Das mag nicht im Plane des Revolutionärausschusses gelegen haben, aber die Befehlsgebung wurde auch vom Angeklagten als gegebenes Tatsache hingenommen und zum Ausgangspunkt des Aufstandes gemacht, des Gemetzelns, der zum Sturz der Regierung benutzt werden sollte. Am nächsten Tage, den 6. Januar, erschien der Aufruf, der die Arbeiter zum Generalstreik und zu den Waffen rief. Diesem Aufruf leisteten die Arbeiter in großen Scharen Folge, sie kränkten nach dem Marktplatz, um Waffen in Empfang zu nehmen. Dem Angeklagten als einem tätigen Mitglied des Revolutionärausschusses konnte nicht entgangen sein, was in seiner Anwesenheit im Marktplatz vorging. (Angeklagter Ledebour fragt: „Was denn?“ — Der Vorsitzende unterlegt die Unterbrechung. — Der Staatsanwalt fährt in seiner Rede fort. — Ledebour unterbricht ihn in äußerst erregter Weise, schließt mit der Faust auf den Tisch und protestiert gegen diese, unbedeutende Andeutungen des Staatsanwalts. — Der Vorsitzende unterlegt dem Angeklagten energisch, dem Staatsanwalt zu unterbrechen, und droht mit dem Abbruch der Verhandlung, wenn sich der Angeklagte nicht füge.) Staatsanwalt: Vom Marktplatz ging der Angeklagte nach dem Polizeipräsidium, wo er mit seinen Freunden weiterverhandelte. Der Angeklagte ist trotz seines hohen Alters mit jugendlicher Frische in die Situation hineingedrungen, die sich ihm bot. Wenn sein Verhalten während der ganzen Tage berücksichtigt wird, dann

müssen die Schuldfragen bejaht werden.

Der Aufruf war ausgedrückt, zunächst konnte an seine Nieder-

zwingung mit Waffengewalt nicht gedacht werden, denn die Regierung hatte keine bewaffnete Macht, auf die sie sich verlassen konnte. Erst an den folgenden Tagen sind Truppen aufgestellt worden, um den Aufruf zu überwinden. — Die Verhandlungen, die während der ersten Kampfstage angeknüpft wurden, waren am Mittwoch auf einem toten Punkt angekommen. Da erschien wieder, am 9. Januar, ein Flugblatt, das in schärfsten Worten zum Kampf aufforderte. Zwar lebten in den nächsten Tagen die Verhandlungen nochmals ein, aber, wie der Angeklagte sagt, hatte er den Eindruck, daß die Regierung die Sache verschleppen wollte. Wir haben aber hier durch Zeugen gehört, daß auf der Seite der Aufständigen unter anderem auch der Rücktritt bestimmter Regierungsmitglieder verlangt wurde. Auf eine solche Forderung kann eine Regierung natürlich nicht eingehen.

Mit seinem Handeln am 5. und 6. Januar ist der Angeklagte aufgetreten

als Mitbefeindler

der Menge, die sich zusammengetan hatte, um die Regierung mit Gewalt zu stürzen. Die Schuldfrage nach Landfriedensbruch und Aufruhr werden Sie, meine Herren Geschworenen, also zu bejahen haben. Es fragt sich nur noch, ob mildere Umstände vorliegen. Bei dem Angeklagten spielte zweifellos das Streben nach Erlangung der Macht eine Rolle. (Ledebour: „Ich habe doch am 9. November einen Ministerposten abgelehnt.“) Was der Staatsanwalt sagt, ist eine ungeheure Fälschung. — Der Vorsitzende unterlegt dem Angeklagten, von Fälschung zu sprechen, und stellt wieder in Aussicht, daß, wenn der Angeklagte sein Verhalten nicht ändere, das Gericht erwägen müsse, ob weiter verhandelt werden könne. In dieser Weise könne es nicht weitergehen.)

Staatsanwalt: Wenn das, was dem Angeklagten zur Last fällt, in normalen Zeiten begangen wäre, dann würde ja von milderen Umständen keine Rede sein können. Aber hier ist zu berücksichtigen, daß die Handlungen des Angeklagten in eine durch Parteikämpfe aufgeregte Zeit fallen, daß er der Überzeugung war, die Revolution habe ihre Ziele noch nicht erreicht und müsse deshalb weitergetrieben werden, und daß er auch überzeugt war, Eickhorn sei unrechtmäßig abgesetzt worden. Diese Erwägungen veranlassen mich,

für die Zustimmung milderer Umstände

eingutreten.

Donnerstag, 9 Uhr, beginnen die Plädoyers der Verteidiger.

Zum „Attentat“ auf Kadel.

Die von der Reichswehrkommando 90 vorgenommene Untersuchung hat festgestellt, daß aus der Flammenwerferfabrik kein Schuß auf Kadel abgefeuert worden ist und daß nur eine einzige Kugelspur gefunden wurde, und zwar die des Schusses, der von einem unvorsichtigen Soldaten auf einem der dortigen Anfernenhöfe in die Luft abgegeben worden ist und in die Nähe Kadel's zurückgeprallt war. Infolgedessen ist den Regierungstruppen, die in jenen Kasernen untergebracht sind, noch einmal das bekannte Schießverbot Kadel's eingehärt worden.

Die „Freiheit“ — wir nennen die Quelle, nicht so wie die „Freiheit“ bei unserem Bürgertribunal, den sie geflucht hat — meldet, daß ein Militärattaché in der Stadtlogie wegen des ausdrücklich verbotenen Sprechens mit anderen vom Fenster aus, erschossen worden ist. Es liegt natürlich im dringendsten Interesse der Rechtspflege, Untersuchungsversuche zwischen Untersuchungsgeheimnissen zu verhindern, eine sozialistische Regierung wird genau derselben Meinung sein, aber ob gleich dieses äußerste Mittel angewendet werden mußte, ist doch zweifelhaft. Und nun sehen wir wieder dem Papageienschrei „Tatol des Edenhotels“ zerknirsch entgegen.

Verbandstag der Holzarbeiter.

Wimmer-München: Es ist schwer, den Vorstandsbericht heute sachlich zu kritisieren. Der politische Meinungsstreit gehört nicht in den Verband.

Sturm-Berlin kritisiert die Arbeitsgemeinschaften. Um die Betriebe vor der Sozialisierung zu schützen, gingen die Unternehmer darauf ein. Er verurteilt weiter den Anschluß an den Bund „Freiheit und Vaterland“, das Hilfsdienstgesetz und die Kriegspolitik der Gewerkschaften.

Swinnowski (Vorstandsmitglied): Die Aufhebung des Statuts war notwendig. Der Vorstand konnte während des Krieges nicht besser arbeiten. Wir müssen Toleranz nach beiden Seiten üben. Zu den Tarifverträgen sind wir durch die Verhältnisse gezwungen worden. Wir können nicht verlangen, daß die Revolution allen drei Richtungen Rechnung trägt. Ledebour geht auf die Fälschung in Deutschland und die Revolution ein. Die Politik des Vorstands nach dem 9. November ist nicht zu billigen. Wir müssen die Differenzen sachlich und ruhig austragen.

Es tritt Schluß der Debatte ein. Siegel-Berlin betont, die Revolution sei an den Disziplinierungsrednern spurlos vorübergegangen. Zu Beginn des Krieges konnte man über den Charakter des Krieges im Zweifel sein, doch hätte der Vorstand später eine andere Politik treiben müssen. Wir können nicht alle Handlungen des Vorstands nachprüfen. Die gewerkschaftliche Tätigkeit läßt sich von der politischen nicht trennen. Kleine gewerkschaftliche Erfolge können uns nichts nützen.

Die rein gewerkschaftliche Tätigkeit Leipzigs ist anzuerkennen. Rabner bespricht ausführlich die Kriegspolitik und die Arbeitsgemeinschaft. Die Weisung der Arbeitsgemeinschaft sei nur aus Angst vor der Sozialisierung erfolgt. Im Oktober 1918 sei die „Dolarbeiterzeitung“ noch für die Entscheidung durch das Schwert eingetreten. Der Vorstand habe sich nach dem neuen Zeit angepaßt.

Rabner (Reaktion) hebt auf dem Boden der Vaterlandsverteidigung. Im übrigen geht er auf die einzelnen angegriffenen Artikel ein und verteidigt dieselben mit guten Gründen.

Leipart hat in seinem Schlusswort: Kein Rabner hat ein Wort über den Frieden gesprochen. Insece Vertreter aus den belebten Gebieten sind nicht zugelassen worden; die Vertreter vom Osten sind vielleicht zum letzten Male hier. Wir protestieren dagegen. Mit der Politik der Generalcommission bin ich nicht immer einverstanden gewesen. Der Streik der letzten Jahre ist nur auf die politischen Meinungsverhältnisse zurückzuführen. Daß die Gewerkschaften ein notwendiges Übel seien, ist schon früher erklärt worden, wie branden aber die Gewerkschaften. Die Arbeitsgemeinschaft hat schon 1914 bei uns bestanden. Aus den Mitgliederkreisen haben wir nur Zustimmung erhalten. Gegen den internationalen Kongress von Stuttgart haben wir nicht verstoßen. Im Volkstum haben wir uns beteiligt, um gemeinsam gegen die Vaterlandsparität vorzugehen. Der Vorstand behauptet

Die Maßregelungen der Verhandlsbeamten.

Redner wendet sich gegen die Resolution Siegle. Den Boden des Klassenkampfes habe der Vorstand niemals verlassen...

Der Kommissionsantrag wird mit 97 gegen 56 Stimmen angenommen und

dem Vorstandsvorstand und der Redaktion somit das Vertrauen ausgesprochen.

Die Resolution Siegle wird mit 106 gegen 43 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung erfolgte namentlich. Die von der Kommission empfohlenen Anträge Dresden und München...

Die Kassenberichte haben sich durch den Krieg nicht günstig gestaltet. Einrücklich der Lokalkassen betragen während der fünf Jahre die Einnahmen 21.149.960 M. und die Ausgaben 10.296.838 M.

Die Kassenberichte haben sich durch den Krieg nicht günstig gestaltet. Einrücklich der Lokalkassen betragen während der fünf Jahre die Einnahmen 21.149.960 M. und die Ausgaben 10.296.838 M.

Ref. Siegle gibt den Revisionsbericht und stellt fest, daß der Verband keine Kriegsanleihe gezeichnet hat.

Siegle bittet im Kommissionsbericht um Ablehnung der Anträge, die verlangen, daß den Lokalkassen das Geld zurückgezahlt wird.

An der Diskussion sprechen Brenkmüller-Bremen und Müller-München sich für die Anträge aus. Die Anträge werden abgelehnt.

Tarnow erhält das Wort zum Referat über Die neuen Aufgaben des Verbandes.

Die Revolution ist nicht spurlos an uns vorübergegangen. Unsere Organisationsarbeit hat zum Sozialismus geführt; durch sie erst haben wir dem Sozialismus praktisch vorgearbeiten.

Zur Einleitung der Sozialisierung der Holzindustrie fordert der Vorstandstag von der Regierung und Gesetzgebung:

- 1. Die Errichtung von Wirtschaftskammern für die Holzindustrie und für jedes holzverarbeitende Gewerbe. Die Wirtschaftskammern haben die Aufgabe, an Stelle der Privatwirtschaft die Gemeinwirtschaft einzuführen... 2. Die Enteignung aller Privatforsten von mehr als 10 Hektar... 3. Die Bewirtschaftung des gesamten in Deutschland produzierten und vom Ausland eingeführten Rohholzes durch die Wirtschaftskammern... 4. Die Umwandlung des privaten Holzhandels in gemeinwirtschaftliche Holzverarbeitungsstellen im Rahmen der Wirtschaftskammern... 5. Die öffentliche Bewirtschaftung auch der anderen in der Holzindustrie verwendeten Rohstoffe...

Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes.

Ein Antrag, auch zu dem Vortrage des Redakteurs Wagner einen Korreferenten zu bestellen, wird mit 91 gegen 143 Stimmen abgelehnt.

Dann erhält das Wort zum Vorstandsbericht der am Sonntag zum Korreferenten bestimmte Kamerad Rosemann (Anhänger der U. S. P.). Die Einzelheit im Verbandsrat wollen auch wir...

Warum fragen Sie einen Kneifer?

Im Ihre Augen zu schonen und weil es floter aussieht als eine Brille? Schon denn der primitive Kneifer, den gerade Sie fragen, Ihre Augen? Sieht er wirklich floter aus als selbst eine altnodische Brille? Stigt er so leicht und bequem, als Sie es wünschen? Nein, alles dies trifft nicht zu, denn er ist trotz aller komplizierten Neuerungen...

Redaktion schlug nach der Revolution vollständig um. Die Revolution hat dem Bergarbeiter nur 1/2 Stunde Arbeitszeitverlängerung gebracht. Auf die Sozialisierung im Bergbau warten wir schon ein halbes Jahr.

Nach dem zweistündigen Korreferat begann die Diskussion, die die ganze Vormittags- und Nachmittagsstunde ausfüllte. Bis 5 1/2 Uhr kamen von 97 eingereichten Rednern 29 zum Wort. Es wurde so verfahren, daß jeder Redner aus einem anderen Bezirk sein mußte...

Die Diskussion geht Mittwoch weiter.

Verbandstag der Friseurgehilfen Deutschlands.

In Stuttgart fand kürzlich der 18. Verbandstag der Friseurgehilfen Deutschlands statt. Der gedruckte vorliegende Geschäftsbericht des Vorstandes, der die Zeit von 1914 bis 1918 umfaßt, gibt ein beachtenswertes Bild der Schicksale des Verbandes während des Krieges.

Der Kassenbericht ergibt für die Jahre 1914-18 eine Gesamtsumme von 90.433 M. und eine Gesamtausgabe von 107.212 M.

Der Geschäftsbericht wurde vom Vorsitzenden und vom Kassierer mündlich erläutert und ergänzt. In der Debatte über den Vorstandsbericht wurden Klagen über Störungen der Verbandstätigkeit, besonders beim Materialverkauf, laut. Sie wurden von den Vorstandsmitgliedern auf die Kriegsschwierigkeiten, insbesondere beim Druck, und auf die neben- und ehrenamtliche Tätigkeit des Vorstandes zurückgeführt.

Am dritten Tag referierte der Vorstandsmitglied Ehlhorn über „Tarifbestimmungen“. Er gab eine Lebenshilfe über die seit herigen Tarife und die Erfahrungen und erwartete einen allgemeinen Fortschritt auf tariflichem Gebiete mit dem Wachstum der gewerkschaftlichen Organisation.

Die gesetzliche Regelung der Geschäftsbetriebszeit an Wochentagen behandelt ein Vortrag von A. Lorenz-Hamburg, der nach einem Rückblick auf die auf Arbeitzeitzettelgesetz orientierten Bestrebungen des Verbandes nachweist, daß die Durchführung des Achtstundentages im Friseurgewerbe ohne einheitliche Geschäftszeit nicht möglich sei.

Ein Vortrag von Th. Giese, Frankfurt über die fach-gewerblischen Aufgaben des Verbandes lenkte die Aufmerksamkeit auf die wirkliche Bekämpfung der Massenfeindlichkeit für Friseurinnen und auf die Beseitigung der Mängel der Lehrlings-erziehung.

Der Name des Verbandes ist vom 1. Juli d. J. ab: „Arbeitnehmer-Verband des Friseur- und Haargewerbes“. Den Sitzungen werden gewisse Richtlinien vorangestellt, in denen die Ziele der Organisation zum Ausdruck gelangen.

Verbandstag der Kupferschmiede.

Am zweiten Verhandlungstage wird die Aussprache über die Verträge fortgesetzt, die den ganzen Vormittag ausfüllt. Es kommen noch 13 Redner zum Wort. Die Diskussion bewegt sich in denselben Rahmen wie am Tage vorher.

Der Referent stellt sich voll und ganz auf den Boden der zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden abgeschlossenen Arbeitsgemeinschaft und des Aufbaues des Rätebundes im Sinne der Vorlage der Vorstandsreferate an den Gewerkschaftskongress.

beiträge eingeführt werden. Die Reife-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurden getrennt. Die Krankenunterstützung beträgt in allen 4 Klassen 1,00 M. pro Tag bis zur Höhe von 30 M. im Jahre.

Die Streikunterstützung beträgt 14 bis 22 M., 12 bis 20 M., 11 bis 18 M. und 10 bis 16 M. wöchentlich, außerdem für jedes Kind unter 14 Jahren (bis 3 Kindern) 1,00 M. pro Tag.

Zur Frage der Damenfriseurgehilfen wurde eine Resolution angenommen, in der eine ständige Lehrzeit für diese als notwendig erachtet, wie Verbot der freien Ausübungsinstitute verlangt und vom Jahre 1921 ab der Aufsicht der Gehilfinnen ohne vorerlebte Lehrzeit vor der Beschäftigung...

Die Vorstandswahlen ergaben: Vorsitzender Ehlhorn, Kassierer Lanoner, Ausschussvorsitzender Lorenz-Hamburg.

Nach einer Schlussrede des Vorsitzenden fand der Verbandstag sein Ende.

Jugendveranstaltungen.

Schönharter Vorlied. Heute Abend 7 Uhr Diskussionsabend: „Proletariat und Weltrevolution“.

Ran lasse sich die Nähe nicht verdriegen, sich den besten vollkommensten Kneifer zu besorgen, den man bekommen kann, denn ein weniger vollkommener kann jahrelang nicht nur Unbequemlichkeiten verursachen, sondern auch die Augen schädigen.

Der Kneifer, der allen diesen Ansprüchen gerecht wird, ist der Lohmann-Kneifer; er ist patentiert und in Deutschland nur in einem einzigen Geschäft käuflich, bei der Orthozentrischen Kneifergesellschaft m. b. H., Berlin, Potsdamer Straße 134a.

Man lasse sich die Nähe nicht verdriegen, sich den besten vollkommensten Kneifer zu besorgen, den man bekommen kann, denn ein weniger vollkommener kann jahrelang nicht nur Unbequemlichkeiten verursachen, sondern auch die Augen schädigen.

Der Kneifer, der allen diesen Ansprüchen gerecht wird, ist der Lohmann-Kneifer; er ist patentiert und in Deutschland nur in einem einzigen Geschäft käuflich, bei der Orthozentrischen Kneifergesellschaft m. b. H., Berlin, Potsdamer Straße 134a.

Man lasse sich die Nähe nicht verdriegen, sich den besten vollkommensten Kneifer zu besorgen, den man bekommen kann, denn ein weniger vollkommener kann jahrelang nicht nur Unbequemlichkeiten verursachen, sondern auch die Augen schädigen.

Der Kneifer, der allen diesen Ansprüchen gerecht wird, ist der Lohmann-Kneifer; er ist patentiert und in Deutschland nur in einem einzigen Geschäft käuflich, bei der Orthozentrischen Kneifergesellschaft m. b. H., Berlin, Potsdamer Straße 134a.

Opernhaus
Hänkel und Gretel.
Tanzbilder,
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus
Meine Frau, die
Hofschneidlerin.
Anfang 7 Uhr.

Volksbühne
Theater am Bismarckplatz.
Direktion Friedrich Kayll.
7 1/2 Uhr: 's Jungferngift.

Deutsches Theater.
Abendlich 8 Uhr:
Max Fallenberg in
Familie Schimek.
Freitag 200. Aufführung.
Kammerspiele.
Abendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Eifersucht.

Theater des Westens
Abendlich 7 1/2 Uhr
Mia Werber und Hans Wass-
mann in Die Gelehr-
Heute 150. Aufführung

Dir.: C. Meinhart - R. Bernauer
Theater I. d.

Königgrätzerstraße
Allabendlich 7 1/2 Uhr
Der Häuptling.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke
Lucie Höflich & Luise Hartau

8 Uhr: **Liselott**
von der Pfalz.

Berliner Theater
Donnerstag, abend und
Sonntag 7 1/2 Uhr:
Die tolle Komtesse.

Freitag 7 1/2 Uhr:
Stern, die wieder leuchten.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 Uhr: Die Schönste von Allen.

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Der Witzschütz.

Friedr.-Wilhelms-Theater
7 1/2 Uhr: Das Dorf ohne Glocke.

Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Kummelbütchen.

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Die spanische Fliege.

Metropol-Theater.
7 Uhr 20: Die Faschingssee.

Neues Operettenhaus.
7 1/2 Uhr: Die Dame vom Zirkus.

Palast-Theater
7 1/2 Uhr: Talsman.

Operette in 3 Akten v. Zorill.
7 1/2 Uhr: Ein Volkslied.

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Zur wilden Hummel.

Th. am Nollendorfsplatz
7 1/2 Uhr: Nathan der Weise.

Gr. Freund & Lichtenstein in
7 1/2 Uhr: Die Puppe.

Theater d. Friedrichstadt
8 Uhr: So eine Frechheit.

Waller-Theater
7 1/2 Uhr: Mandragola.

Trianon-Theater.
8 1/2 Uhr: Der gute Ruf.

von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr:
Johannistag.

Residenz-Theater.
Untergründe, Klosterstraße,
Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 8 Uhr:
Das höhere Leben.

Schauspiel von Sudermann.
Regie: Alfred Rotter.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Die kleine Sklavin.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: Ehe-Urfaub.

7 1/2 Uhr Gartenbühne:
Das steht sich jeder an-
Vorher Konzert u. Spezialität.

Luisen-Theater.
7 1/2 Uhr: Die Licht-
schene Dame

Sonntag
3: Kabale u. Liebe.

Voigt-Theater
7 1/2 Uhr:
Das Hüftknotenmädel.

Jeden Sonntagabend u. Sonntag:
Großer Ball.

METROPOL
KABARETT
DEHNSTR. 53
Karl Beckmann
Sina Berger
Fritz Berger
Kleofa Rosa
Lachpiller-Woll
Lassl u. Acuti
Nassl Etzer
Franz Romahn
Mia Renard
Adolf Karnbach
Am Flügel: Heusche
Conf: Flatow
Gygi - Konzerte

Lessing-Theater
Sommerstück: H. Sternberg.
Gastspiel Guido Thielscher
8 Uhr: Charleys Tante.
**Deutsches Künstler-
Theater.**
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Max Adalbert u. Kurt Götz in:
Die Rutschbahn.

National-Theater.
Stürmischer Erfolg. 7 1/2 Uhr
Die Kinopuppe.

APOLLO
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7 1/4, 7 1/2, und
7 3/4
Gastspiel



**Anton
Herrfeld**
m. seiner aus 28 Per-
sonen bestehenden
Gesellschaft in der
lakrigen Burleske
Wer ist der Vater?
Vorh. Spezialitäten!

Theater am Kottbuser Tor
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger ehemalige
Mitl. der
Sänger
Se del, Rusek,
Horst, Schubert
usw.
Honor. Spielplan
Sommerpreise!
Blüthen-Konzert.

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Berliner Prater
7 1/2 Hofmannstraße 7/8.
Täglich:
12 Varieté-Attraktionen
in der Tony-
Dietz täglich:
Anfang 6 1/2 Uhr.

Admirals-Palast.
Täglich 7 1/2 Uhr
Sonntags 3 u. 7 Uhr
Die neuen Ballette
im Gipsenspielsaal
Wiener Walzer
außerdem
Tanz-Rouge
Admirals-Kino,
Lola Meater II. Teil
Argus X.
Vierde Larsen

**Stufen-
bahn**
Blücher-
platz.
Von 3 Uhr
bis 10 Uhr
Mußt die

**Linden-
Restaurant**
Eingänge:
Unter den Linden 44
Friedrichstraße 82
all eilig
gerühmte
Küche!

Gr. Ball
Gute Musik
Prachtsäle des Westens
Spichernstr. 8
(Untergrundbahnhof
Nürnberger Platz)
Jeden Dienstag,
Mittwoch, Donner-
tag und Sonntags:
Sonntags Anfang 3 Uhr, wochentags Anfang 6 Uhr.

**BRAUNES
DIELE**
ALEXANDERSTR. 33
Lachpiller-Woll
Eise Garell
Karl Süsser
3 Schwestern Lück
Alfred Jansen
Mary Walter
Rosl Körner
Am Flügel: Sawade
Conf: Helmsius
Ebener - Konzerte.

**TROCKEN-PARFÜM
TERRA-HAUS**
FÜR BLONDINEN
FÜR BRÜNETTE
ganz ausgesuchte Gerüche
LAVENDEL
KÖNIGSFARN
ROTKLEE
HERREY-PARFÜM
MERRY-PARFÜM
CHYPRE
SPANISCH LEGER

**Circus
Busch**
Heute 7 1/2 Uhr:
Circusprogramm, Tänze u.
Ein Fest a. d. Stiergeleche!
8 1/2 Ringer-Wettkampf.
Herausforderungskampf
(Alles erlaubt - außer
Konkurrenz)
Hansen Esch - Urbach.
Bei der Jiu-Jitsu-Demon-
strat u. Japan Ringkampf
am 13. zw. Hansen-Esch
u. Stoll erklärte Urbach,
mit ihm könne man so
etwas nicht machen Han-
sen setzte eine Prämie
v. 300 M. aus, wenn Ur-
bach ihm standhält. Letzt
nahm ihn den Heda an
daß ihm alle Griffe und
je-e Gegenwehr erlaubt
selen. Das Treff. geht also
bis zur Kampf-unfähigkeit



Reichshall-Theater
Abendlich 7 1/2 Uhr:
**Steffner
Sänger**
Wolff, Bruns
Raz Steinh. ufm.

**Vergnügungspalast
Gloßbrauerei
Schöneberg**
Gauptstr. 122-123.
Donnerstag, den 19. Juni
Wiederaufnahme des
Entscheidungskampfes
Gebhard-Neukölln
gegen
Naber-Ostpreußen.
Entscheidungskampf
Wolf-Budapest gegen
Collan-Luxemburg.
Zusätzlich
Schwarz, Belim, von
Lehmann-Schleifer,
Kassatz-Stettin geg.
Sambala, Reg.-Champ
Suche Piano.
Asser, Flensburger Str. 1.
Tele 7810.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
„Libelle“
Jägerstraße 63a
Gepflegte Weine
Gute Küche
Täglich Tanz. Anfang 8 Uhr
KAPELLE POLLSCHUK

Reichs-Café Direktion
Fritz Paul
Alexanderstraße 12
Täglich 8 Uhr
Künst. Leitung
Harry Senger
Fritzi Wachner
Tasio Duett
Harry Senger
Wills und
KAPELLE JAHNKE

Gr. Ball
Gute Musik
Prachtsäle des Westens
Spichernstr. 8
(Untergrundbahnhof
Nürnberger Platz)
Jeden Dienstag,
Mittwoch, Donner-
tag und Sonntags:
Sonntags Anfang 3 Uhr, wochentags Anfang 6 Uhr.

Sonntag, den 22. Juni, nachm. 4 Uhr.
Sonnwendfeier
anlässlich des Deutschen Sozialisten-
tages im „Wäggelschloßchen“ und der
anschließenden Wiese.
5 Uhr: Kinosatographische Aufnahme der Fest-
teilnehmer. - 9 Uhr: Feuerwerk in noch nie
gezeigter Pracht. - Musik. Festreden. Gejang.
Eintrittspreis 50 Pfennig.
Die Teilnehmer sind verpflichtet, bei der Kinomat. Auf-
nahme den Anordnungen des Regisseurs Folge zu leisten.
Eintrittsfaktoren sind bei allen Bewerbsped-
tionen zu haben.

**MARMOR
HAUS**
Direktion Siebert Goldschmidt
Kurfürstendamm 236
Heute 2 Uraufführungen!
TOTENTANZ
Ein Nocturno in 5 Akten von Fritz Lang.
Hauptdarsteller:
**Werner Krauss
Sascha Gura.**
Regie:
Otto Rippert.
Außerdem:
19. Abenteuer
des berühmten Detektivs

HARRY HIGGS
(Hans Mierendorf)
**Sine Nacht
im Fremdenzimmer.**
Regie:
Rudolf Meinert.
4 6 15 8 30

Peltzer Grill
HERMANN PELTZER
WEIN-RESTAURANT
Neue Wilhelmstr. 5
Nähe Unter den Linden. Zentrum 11 017.

Das beliebte gute Sauerstoff-Bleichmittel
Wäschepraht „Gauger“
gen. No. 3455
entspricht wieder den höchsten Anforderungen

Eigenheimparzellen
besonders günstige Kapitalanlage (Friedenspreise) südlicher
Vorort (20 Minuten von Berlin, direkt am Bahnhof), kleine
Anzahlung, geringe Amortisation.
M. Buchholz, Jägerstr. 13.

Nachlaß-Verkauf.
Damenzimmer italienisch
Nußbaum Rokoko, ge-
diegene Arbeit Sessel,
Stühle mit Seidenstoff-
bezug (9 Teile.) 6500 M.
Wohnzimmer. Sofa mit
Umbau. (6 Teile.) 1800 M.
Fantasie- und Konst-
möbel. Vitrinen, Tische
usw. usw.
2 große Vasen, 0,65 cm.
Kgl. Manufaktur, beide
à 650 M.
1 Viamisches Speise-
zimmer. Schwerer Aus-
sienlich, 6 Stühle mit
Leder, 1 Stuhldr.
1 Büfett, 1 schwerer
Tisch. 6300 M.
C. Hubner, Wilhelmstraße 55, Hof.

Färberei erledigt Umlärben
von Uniformen, Mänteln, Decken, Zeitbahnen
Sommerfarben
auf Leinwand
bleu ♦ rosa ♦ mode ♦ dütenblau
M. Petzold & Co.
Berlin S., Alexandrinen-Straße 51
Fernsprecher Moritzplatz 2.07.

Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie
Zur 1. Klasse habe ich noch abgegeben:
Acht Lose zu 5,25 M. Halbe Lose zu 2 1/2 M.
Viertel „ „ 10,50 „ Ganze „ „ 42 „
nebst Porti und Nachnahme
Berlin S.W., Alte Jacobstr. 16, Gustav Dase,
Moritzpl. 5799. Preuß. Lotterie-Einnehmer.

Einem Posten
Küchen
Teilig, prima lackiert,
von 395 M. an.
Gedieg. Verarbeitung.
Stolzmann,
Delle-Alliance-Straße 100
Zahlungs erleichterung
auf Wunsch.

**Der sichere Weg
zur Heilung der
Syphilis**

von Spezialarzt Dr. med. Karl
Reinhardt, Berlin, 68 Seiten.
Preis 1,25 Mk. (1 versch. ss.
Briefumschlag ohne Aufschrift
net 1,50 Mk. geg. Voreinsend-
d. Betrags). Zu beziehen nur
durch E. Harnas's Buch-
handlung, Berlin W, Pots-
damer Straße 116a, Ecke
Lützowstraße.

Rechts-Hustunft
Inhalts: Bestimmung in Stütz-
Grenzlinien, Grenzabstand,
Grenzabstand, Rückgründe,
Streifenabstände, Grenzabstände
Daher jur. 30-55
13 Schröderstr. 13
(Stettiner Bahnhof).
Sprechst. 10-17, Sonntag, vorm.

Werkzeugmaschinen.
Leit- und Zugspindel-Drehbänke in allen Abmessungen
Präzisionsmaschinen (Horizontal- und Universal), Schnell-
bohrmaschinen von 15-70 mm bohrend, Tischbohr-
maschinen in jeder Größe, Revolverdrehbänke von
10-60 mm Durchm., Schleifmaschinen in allen Aus-
führungen, Werkzeuge, Universalwerkzeug, Universal Rund-
schleifmaschinen, Vertikal-Stößwerke, Excenter- und
Frikions-Pressen in verschiedenen Größen sofort ab-
Lager, neu und gebraucht, billiger Lieferbar.
Telef.: Moritzpl. 12072 Felix Kohls Telef.: Moritzpl.
12073
BERLIN SO. 18, Brandenburger Ufer 2-3.

**Eine furchtbare Gefahr
für das Volk**
bedeuten die durch den Krieg bis zu 80 % gestiegenen
Geschlechtskrankheiten
Berlin steht mit 43 % syphilitischer Männer a. d. Spitze!
Jedermann lese die soeben erschienene Broschüre:
**Wie schütze ich mich vor
Geschlechtskrankheiten?**
von Spezialarzt Dr. med. Levy-Lenz, Berlin
im Auftrag der Gesellschaft zur Bekämpfung von
Volkskrankheiten. 178D
Preis mit Sorimentszuschlag 1,50 M.
Eine leicht verständliche Aufklärungsschrift mit den
wirklich zweckmäßigen Schutzmaßnahmen
Erhältlich in jeder Buchhandlung
oder beim unterzeichnen
Verlag Gustav Ziemsen, Berlin, Wilhelmstr. 133.

Rodenstock
Höchste optische Leistung
für Sport, Reise u. Theater
zu mäßigen Preisen.
RODENSTOCK-Institute in BERLIN
Leipziger Straße 101-102, Ecke Friedrichstraße
Friedrichstraße 59-60, Ecke Leipziger Straße
Rosenhauer Straße 43, Nähe Hackescher Markt
Juchimthalers Straße 44, Bahnhof Zoo/og. Garten
Verlangen Sie bitte unter Angebot



Groß-Berlins Arbeiterräte zum Betriebsräte-Entwurf.

Wüchel (S. P. D.) führte aus, daß der Rätegedanke, der seit dem 9. November die Arbeiter unausgesetzt beschäftigt, jetzt fest form erhalten solle. (Lachen der Unabh.) Auch die U. S. V. habe sich erst langsam zum Rätegedanken durchgemauert. (Widerspruch.) Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte solle nur die Grundlage zu Besprechungen zwischen den in Betracht kommenden Gruppen sein. Die „Reichsüberstunde“ sei durch Vernunft vor aller Welt blamiert. Die sozialdemokratische Fraktion sei mit den Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfes nicht einverstanden. Zu der Bestimmung, die sich gegen einen Ausschluß von „Kosmogonisten“ und Gelden richtet, sagte Wüchel: Ich kann mir wohl denken, daß diese Bestimmung über die Freiwilligen bei den Unabhängigen einen bösen Stachel hinterläßt. Ich wende mich dagegen, daß in Fragen, welche die Arbeitsregelung betreffen, Unternehmerverbände als solche zugelassen werden. Aber, um alle Forderungen der Arbeiter durchzusetzen, ist, wie Bisoffel sehr richtig sagt, eine rein sozialistische Regierung nötig, die nicht durch Kompromißrücksichten gehindert wird. (Zuruf: Das hätte Ihr im Januar sagen müssen!) Das Koalitionskabinett wäre nicht entstanden, wenn die Unabhängigen in der Regierung geblieben wären.

Somit tragen die Unabhängigen die Schuld an einer nicht sozialistischen Regierung. (Lärmender Widerspruch.) Um diese Tatsache kommen Sie nie herum. (Verlegenes Lachen.) Somit ist auch die U. S. V. an diesem Gesetzentwurf mit Schuld. (Unruhe.) Der Frieden wird und muß die Einigung des Proletariats bringen, wenn die Unabhängigen nicht wieder in die dargelegte Freundschaftsbande spucken. (Lachen und Widerspruch.) Lieblingsausdruck Adolf Hoffmanns im Dreifläschenhaus: Am dielen Lachen erkennt man den Karren! (Red.) Wüchel verlas dann folgende Erklärung der S. P. D.:

Die S. P. D.-Fraktion kann sich mit dem veröffentlichten Gesetzentwurf über die Betriebsräte unter keinen Umständen einverstanden erklären. Dieser Entwurf enthält Bestimmungen, die auf keinen Fall die Zustimmung der Arbeiter finden können und der neuen Zeit nicht angepaßt sind. Unter allen Umständen verlangt die Versammlung, daß in dieser Gesetzesvorlage nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Angestellten und Beamten, gleichviel in welcher Stellung sie sich befinden, mit einbezogen werden. Die Fraktion setzt in die Mitglieder des Zentralkomitees und die Gewerkschaftsvertreter das Vertrauen, auf jeden Fall bei ihren Arbeiten in der Kommission dahin zu wirken, daß den Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten voll Rechnung getragen wird.

Als nächster Redner erklärte der Kommunist Kasch, daß der Gesetzentwurf eine Verhöhnung der Arbeiterschaft sei und die Arbeiterräte absagen wolle. Die Regierung stehe am Ende ihres Lateins.

Dr. Kaplan (Dem.): Unsere Fraktion stimmt gegen diesen Gesetzentwurf. Es ist unverkennbar, daß man seit dem 9. November einen rückwärtigen Kurs steuert. Schon der Entwurf der Regierung über Mitbestimmungsrecht der Arbeiter vom 23. Dezember, der noch die Unterschrift Haases trug, war nichts Halbes und nichts Ganzes. Aber damals bemühte sich die Regierung, doch wenigstens noch etwas zu geben. Heute allerdings nimmt man mit der linken Hand das wieder, was man eben mit der rechten geben will. In diesem Gesetzentwurf ist auch nicht eine Spur von demokratischen Prinzipien mehr zu finden. Wir Vertreter der Angestellten betrachten den Entwurf als eine Herausforderung. (Beifall auf allen Seiten.) Die Regierung wird es noch erreichen, daß die Angestellten und die Arbeiter sich auf einer proletarischen Einheitsfront zusammenfinden, um ihr Recht zu erkämpfen. (Stürmischer Beifall.) Und sie wird es erreichen, daß man den Herren in den Ministerien einmal ungewöhnlich erklärt, daß das Mittelalter mit dem 9. November ein Ende hat. (Stürmischer, langanhaltender Beifall auf allen Seiten.)

In der folgenden Diskussion bezeichnete Marx den Entwurf als einen Skandal. Die Geheimräte im Reichswirtschaftsministerium schienen zu glauben, die arbeitenden Klassen mit ihren Taschenspielerkunststücken über den Ernst der Stunde hinwegtäuschen zu können.

Koch (U. S. P.) beantragt die Diskussion zu schließen und den Gesetzentwurf abzulehnen. Der Antrag wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Der Vorsitzende Wolat verlas ein Schreiben des Reichsarbeitsministeriums, das die Arbeiterräte um Entsendung von Vertretern der drei sozialistischen Richtungen zu Besprechungen über den Referentenentwurf ersucht.

Fischer (Dem.) stellt fest, daß also demokratische Vertreter nicht hinzugezogen werden sollen.

Weber die Entsendung der drei Vertreter zu der Konferenz im Reichsarbeitsministerium entspann sich noch eine Debatte, doch wurde infolge Verfehls eine Abstimmung darüber nicht vorgenommen.

Zu unserem Abendblattbericht tragen wir noch, daß die von der Volksversammlung angenommene Entschickung der Zivilmilitär die Arbeiterschaft zum Boykott der Militärmusiklokale auffordert.

kann dafür bestraft werden. Es muß möglich sein, eine Trennung des Verkaufs durchzuführen; wenn auch die Gliederung der Verbraucher nach der Einkommenshöhe noch nicht da ist, so konnte z. B. R. A.—P. der Kundenliste diesmal billiges Fleisch erhalten und das nächstmal C u.—L., wenn man nicht zu dem Mittel der Verlosung greifen wollte.

Selbstverständlich beurteilen wir jeden Streik im Ernährungsgewerbe.

Umzugstermin zum Juli.

Wegen der Schwierigkeiten im Möbeltransportgewerbe sind in Berlin beim nächsten Wohnungswechsel zu räumen: kleine, d. h. aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen bis 3. Juli mittags; mittlere, d. h. drei oder vier Wohnzimmer bis 8. Juli mittags; große, d. h. mehr als vier Wohnzimmer bis 15. Juli mittags. Inhaber der Dreizimmerwohnungen müssen jedoch ein Zimmer und Inhaber von größeren Wohnungen zwei Zimmer schon am 3. Juli — vollständig geräumt — dem zuziehenden Mieter auf dessen Wunsch zur Verfügung stellen. Vorstehende Anordnung findet auf Geschäftsräume und möbliert gemietete Wohnungen und Zimmer keine Anwendung. Für den Zeitpunkt der Uebergabe derartiger Räumlichkeiten ist der Mietvertrag maßgebend.

Vereinigung der sozialdemokratischen Beamten u. der Gemeinden Groß-Berlins.

In einer von circa 1200 Personen besuchten Werbeversammlung legte Genosse Walsch das Verhältnis der Beamten zur Sozialdemokratie dar. Die Anmeldungen legten Zeugnis dafür ab, wie sich der sozialistische Geist in der Beamtenschaft Bahn bricht. In der am 14. Juni in der Stadthalle abgehaltenen Versammlung kam es zu einer lebhaften Aussprache über unser Verhältnis zu den sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktionen. Die Verhandlungen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 5. Juni er. hätten bewiesen, daß die Fraktion über die Beamtenträger nicht genügend unterrichtet sei. Besprochen wurde, die Fraktionen in allen Gemeinden Groß-Berlins zu erlöden, daß sie bei allen Beamten- und kommunalpolitischen Fragen eine Kommission unterer Vereinigung hört. Es wurde dann eine Organisations- und Agitationskommission gewählt; Vorsitzender ist Genosse Robloff. Zur Herbeiführung einer starken Organisation ist erforderlich, daß sich sämtliche Verwaltungsstellen und die Vororte Vertrauensmänner wählen, die die Verbindung mit dem Vorstand und den Mitgliedern vermitteln. Die Vertrauensstellen und Vororte werden erlucht, Namen, Adresse und Dienststelle dieser Vertrauensmänner umgehend einzuschicken. Die Vertrauensmänner erhalten dann sofort eine Ausweisurkunde. Die Mitgliederkarten sind fertiggestellt und werden durch den Kassierer, Genossen Schäfer, ausgegeben. Auskunft erteilt G. Wüde, Rylestr. 2.

Eine Landesbauordnung.

Einer durchgreifenden Verbesserung des Wohnungswezens wird durch den Entwurf einer Landesbauordnung, die vom Staatskommissar für das Wohnungswesen, Scheidl, aufgestellt worden ist und künftig beim Erlaß von Bauordnungen für Städte, Landgemeinden mit Stadtrichter-Entwicklung und insbesondere Vororte höherer Städte als Grundlage dienen soll, der Weg gebahnt. In den neuen Entwurf sind die bekanntesten, auf Verbesserung der Wohnungsverhältnisse abzielenden Vorschriften des Wohnungsgesetzes hineingearbeitet. Die Wohnbauordnung geht vom dreigeschossigen Hause, dem sogenannten Mittelhaus, aus, dessen Anforderungen an Standfestigkeit und Feuerbeständigkeit den Bestimmungen zugrunde gelegt sind. Sie verlangt gute Belüftung und Durchlüftung für alle Räume, die zum dauernden Aufenthalt für Menschen bestimmt sind, und fordert für jede Wohnung wenigstens einen durchdringenden Wohnraum. Damit wird künftig das ungesunde und sozial verderbliche Mietskasernenbauwesen, das um enge, luft- und lichtlose Höfe auf vier Seiten Dues- und Hintergebäude gruppiert, unmöglich gemacht. Die Bestimmungen für das Mittelhaus sind dann für höhere und niedrigere Wohnausbauten nach oben und unten abgestuft. So wird für die viergeschossige Wohnweise der Erlaß verschärfter Vorschriften verlangt, während für Mittel- und Kleinhäuser die Gewährung weitgehender Erleichterungen empfohlen wird. Im Einfamilienhaus sind für die Treppen keine Mindestabmessungen gefordert und Holabkenderden auch ohne Verputz oder Verbrännung zugelassen. Auch dürfen Vorgärten, die bisher als Biergärten ein meist recht kümmerliches Dasein führten, künftig gartenmähtiger Ausnutzung dienlich gemacht werden. Von besonderer Bedeutung ist in Anbetracht der gegenwärtigen Wohnungsnot und des

Groß-Berlin

Die Verwertung von Heeresgut.

Während die gesamte Bevölkerung an Kleidungsstücken und Schuhzeug Not leidet, sind immer noch große Lager von Heeresgut vorhanden. So wird uns beispielsweise mitgeteilt, daß im Eispolast zu Berlin für etwa 35 Millionen Mark Textilien, wie Garne, Rattune, usw. lagern. Bezeichnend für die außerordentlich langsame Geschäftsführung und für die manchmal recht eigenartigen Praktiken, denen sich das Reichsverwertungsamt bedient, ist folgender Fall aus dem Ledergerbergewerbe. Hier war ein großer Vorrat Pelotten (Lederbestandteile der Schuhbänder) insgesamt 468 000 Stück an eine Privatfirma abgegeben worden, deren Firmeninhaber den gleichen Namen trägt, wie der frühere Gruppenführer, Abteilung Leder, im Reichsverwertungsamt. Später stellte sich heraus, daß solche Pelotten 1,10 M. für das Stück angeboten wurden, während sie kurz vorher nur 0,35 M. gelostet hatten. Sie scheinen also dem Zwischenhandel zugute gekommen und von ihm verteuert worden zu sein, anstatt nach den Richtlinien des Reichsverwertungsamtes direkt an die Verbraucher verteilt zu werden. Ähnliche Fälle sind ja auch in anderen Ressorts zu verzeichnen. Verwunderlich ist nur das eine, daß nämlich eine Verbraucherfirma sich um die Pelotten bemüht hatte, aber erst nach zwei Monaten einer ablehnenden Antwort gewürdigt wurde. Diese langsame Geschäftsführung leidet natürlich dem Zwischenhandel und der Preissteigerung Vorschub, wäh-

rend andererseits Langfinger und gewiegte Schieber Gelegenheit bekommen, sich an den noch lagernden Beständen zu bereichern. Damit ist jedenfalls weder der Arbeiterschaft noch der Regierung gedient.

Streik der Tempelhofer Schlächtermeister.

Die Tempelhofer Schlächtermeister haben sämtlich ihre Läden geschlossen und durch Anschlag mitgeteilt, daß sie dazu gezwungen worden seien, nachdem das wiederholte Verlangen der Schlächtermeister auf bessere und gerechtere Verteilung des Fleisches nicht erfüllt worden sei. Insbesondere wenden sie sich gegen zwei Mitglieder des Fleischverteilungsausschusses, von denen der eine selbst Schlächtermeister ist, und vor allem dagegen, daß diese beiden Mitglieder sich „nicht gescheut haben, deutsches gestempeltes Fleisch als „Auslandsware zum „Hollandpreis“ abzugeben. Die Schlächtermeister verlangen die Entfernung dieser beiden Mitglieder der Kommission.

Vom Gemeindevorstand wird mitgeteilt, daß die Gemeinde bei der Verteilung von Auslandsfleisch sich in einer Kotlage befunden und zur Ergänzung der unzureichenden Beseitigung einen Posten Inlandsfleisch hinzunehmen mußte. Hierdurch seien weder die Schlächtermeister noch die Bevölkerung benachteiligt worden, da diese ja den Auslandspreis im Falle ausreichender Beseitigung unter allen Umständen hätten zahlen müssen. Ein Teil des Fleisches aber zu niedrigerem Preise zu verkaufen, sei aus praktischen Gründen nicht möglich gewesen. Vom Lebensmittelamt sind Verhandlungen zur Regelung der Angelegenheit eingeleitet worden.

Wir meinen, eine Behörde darf nicht das billigere Inlandsfleisch zu dem höheren Auslandspreis verkaufen; ein Privatier

einem Magistratsbeamten beleidigt wurde, so wehrte er sich niemals. Ja, selbst als ihm ein Kunde einmal zwei Kronen gab und behauptete, es wären fünf gewesen, gab er leise seufzend auf fünf Kronen heraus, obgleich er genau wußte, daß es nur zwei waren.

Mottele hatte eine junge, aber gar nicht hübsche Frau, mit der sein Vater ihn verheiratet hatte, weil sie aus guter Familie stammte. Wenn sie zuweilen mit ihrem einzigen siebenjährigen Töchterchen in den Laden kam, und er sah, wie die Frau dem Kind einen Klaps auf die Hand gab, weil es zu viel genascht hatte oder ungehorjam war, dann bot er seine Frau flammend: „Nicht schlagen! Oh, nicht!“

Einmal traf es sich, daß seine Frau sich mit dem Kind gerade im Laden befand, als ihn ein Reisender aus der Großstadt besuchte. Als Motteles Frau den stattlichen, feingekleideten Mann mit goldener Kette und einem Zwicker auf der Nase erblickte, der Mottele verschiedene Musterrädchen von Reis, Mehl und Farbe vorlegte, suchte sie zusammen. Um ihm ihre Ehrerbietung zu bezeugen, befaß sie dem Töchterchen, einen Stuhl für den Herrn zu bringen, und da die Kleine nicht gehorchte, fiel sie über sie her und schlug sie. Als Mottele das sah, wurde er abwechselnd blaß und rot, stürzte zu seiner Frau hin und rief halblaut: „Nicht! Nicht! Nicht!“ Dann weinte er mit seinem Töchterchen. Der Reisende verließ den Laden. Nun geriet die Frau in Wut und schrie: „Ich werde Menschen herbeirufen, daß sie sich das ansehen! Hat man jemals erlebt, daß ein erwachsener Mann sich nicht schämt zu weinen! Du Schlafmüde... Du kannst ja keine Fliege anrühren!“

In der Tat, Mottele konnte keiner Fliege etwas zuleide tun. D. aber man soll deshalb nicht etwa glauben, daß Mottele nicht wußte, was recht oder unrecht ist. Man soll nicht etwa glauben, daß Mottele die Schlechtigkeit und Heuchelei dieser Welt nicht sah. Er sah sie wohl, doch wollte er nicht an das Schlechte und Heuchliche glauben. Er dachte bei sich: „Jugend etwas ist in der Welt nicht so, wie es sein müßte...“ Dann aber sagte er sich wieder: „Doch nein, wie darf ein Mensch überhaupt so etwas denken...“ Der Herrgott weiß doch besser, was gut oder schlecht ist...“ Der muß es doch besser wissen, als er, Mottele, ein kleiner, stiller Jude in dem galizischen Städtchen. Doch diesen Juden besaßen zuweilen, wenn er auf seinem Kasten vor der Schwelle saß, so manche Gedanken, deren er sich nicht erwehren konnte:

„Warum ist plötzlich Hirsch Westlein, der stattliche Jude mit dem langen, grau melierten Bart und dem bösen Herzen, der

nicht einmal seinen Namen schreiben konnte und früher vor jedem Korbensackel machte, plötzlich so reich geworden, seitdem er Kulkudorfer war und die Stadtkasse bei sich aufbewahrte, so reich, daß er sich ein Haus kaufen konnte...“

„Weil? Warum hat ihm der taube, schwarze Weich, der in der Rebengasse ebenso wie er einen Kolonialwarenladen hatte, vorige Woche einen Polizisten zugeschickt, der eine Hausdurchsuchung bei ihm unternahm? ...“

„Weil? Tausende Gedanken ähnlicher Art durchwirren durch seinen Kopf, aber er sagte sich: „Rein, nein...“ Die Menschen sind trotz allem nicht so...“

„Man darf von den anderen nicht schlecht denken. Sie können nichts dafür...“

Mottele. Von Salomon Dembiger.

(Einzig berechnigte Uebersetzung von Stefania Goldenberg.)

Mottele war Besitzer eines kleinen Kolonialwarenladens, der an der Ecke einer auf den Markt mündenden Straße die beste Lage im Städtchen hatte. Wenn keine Kunden in den Laden kamen, und er nichts zu tun hatte, nahm er sich eine kleine Kiste vor die Schwelle, setzte sich nieder und ließ seine Blide auf dem Markt herumwandern. An Sommertagen, gegen Abend, gab es am wenigsten zu tun. Er pflegte dann stundenlang auf seiner Kiste zu sitzen und sah zu, wie die Jugend sich herumholgte. Kleine Kinder hatten sich bei den Händen gefaßt und drehten sich singend im Kreise:

Gott, Gott, gib a Regen für die lieben Kinder's wegen.

Ältere Knaben spielten Soldaten oder Räuber und rannten umher. Ihre Stimmen gellten über den Markt... Die Erwaachsenen gingen mit Stöcken in der Hand umher, blieben vor den Läden stehen, machten ein paar Redensorten und setzten ihren Weg fort, bis es schließlich Zeit wurde, ins Bethaus zu gehen.

Die letzten Strahlen, die die Sonne herabbandte, fielen gerade auf Motteles Geschäft. Das wiederholte sich jeden Tag. Er blinzelte dann ein Auge zuzuflehen, in die Sonne zu starren und zu warten, bis sie unterging. Und er wurde nicht müde, die schillernden Farben zu betrachten und zu beobachten, wie der rote Streifen immer größer wurde, als ob der Himmel von innen entbrannt wäre. Aber die Sonne blendete die Augen nicht mehr so stark, und als Mottele für einen Augenblick wegkante, war sie entschwinden.

Mottele liebte es, den Sonnenuntergang zu beobachten. Obgleich er nur ein schwächlicher, manns-haltiger Mann war, mit häßlichem Vollbart, nichts besaß als den kleinen Laden, und seit Jahren denselben Kasten trug, hatte er doch ein paar tiefhängende, schwärmerische Augen, die das Schöne liebten und oft vertäumt vor sich hinstarrten. Mottele war ein stiller Jude. „Er spricht so leise, wie ein Geistes“, pflegten die Kunden von ihm zu sagen. Wenn sich im Städtchen eine Gelegenbeit bot, ein Amt zu bekommen oder etwas Besonderes zu leisten, trat er niemals mit irgendeinem Wunsch hervor. Wenn ihm ein Unrecht widerfuhr, indem er zu hoch besteuert oder grundlos von

(Fortf. folgt.)

Albert Rosenhain's Sicherheits- Rasier-Apparat

la Stahl mit gebogener Klinge
Unübertrefflich! Bestens bewährt!
ff. versilbert
Im Gebrauch gleichwertig viel teureren Apparaten und von äußerster Dauerhaftigkeit. :: ::

mit 6 zweiseidigen
Klingen in feinem Kästchen **10.-M.**

Albert Rosenhain's Garantie-Klingen

Zweiseidig aus la Stahl. **EXTRA FEINE** Dutzend **4.50 Mk.**
Garantie A.R. Klinge

Große Ausstellung von neuen Geschenk- u. Bedarfsartikeln
TAGLICH NEUHEITEN!

Albert Rosenhain
BERLIN SW., Leipziger Straße 73-74
Größtes Spezialgeschäft für feine Leder- und Luxuswaren.

Kronen, Brücken, Plomben
Zähne in 1 Tag
Minderbemittelten Ermäßigung. Dir. Koppe's Spez.-Inst. f. mod. Zahnersatz
Magdeburger Str. 28. Ecke Lützowstr., Kurt. 1230



Gerichtssachen.
Auf mein Ersuchen wurde laut Verfügung vom 22. April d. J. des Herrn Bezirksrichter-Stellvertreters aus Heerlen bei der General-Agentur in Heerlen der Aachen-Leipziger Versicherungs-Aktien-Gesellschaft aus Aachen die
CONSERVATOIRE BESCHLAGNAHME
aller Büromöbel befohlen bzw. erlassen zwecks Erlangung meiner Brandentschädigung aus Dezember 1918.
*Zeddäm-Braant, 1. Mai 1919. **HAR. JOS. HERGEVOKT.**

Zigarren aus reinem Tabak



in allen Preislagen von **70 Pf.** an.
Echter Schmalzler Schnupftabak 40 Pf. das Päckchen.
Gustav Haase Nachfg. (Inh. K. Schwarz)
Berlin, Neue Königstr. 86 und Neanderstr. 38.

Jeder sichere sich zeitig für ein Eigenheim
Baustellen
in der Gemeinde Heiligensee, am Schulzendorf als beste Anlage für Ersparnisse mit nur
Mk. 500.-
Anzahlung und vierteljährlicher Abzahlung von
Mk. 100.-
Gemüse- u. Kartoffelbau, eigene Wohnung verbilligt d. Wohnen u. schnallt Freunde u. Gesundheit!
Auskünfte und Pläne durch
Berliner Bodenverein, Berlin, Friedrichstr. 171. III.
Tel.: Zentr. 1912 u. 1943
an Ort und Stelle durch Hemmann, Jägerweg 1.

Reklame Drucksachen
Zuchdruckerei Rund
Palisadenstr. 103
Anfertigung sämtl. Drucksachen

Möbel
günst. Einkauf
Speise-, Herren- u. Schlaf-Zimmer, Küchen
DORN, Weinmeisterstr. 9
unweit Pfandkammer.

Ungarische Anleihen.

Zum Schutze der Interessen der deutschen Eigentümer ungarischer Staats- und staatlich garantierter Anleihen hat sich die unterzeichnete Schutzvereinigung gebildet; Druckexemplare der Satzung können sowohl von der Vereinigung wie von den unten angeführten Stellen bezogen werden.
Die deutschen Eigentümer ungarischer Staats- und staatlich garantierter Anleihen werden hiermit aufgefordert, ihre Stücke bei den unten genannten Stellen, unter Beifügung eines bei den gleichen Stellen erhältlichen, arithmetisch geordneten Nummernverzeichnisses in doppelter Ausfertigung, wovon eine Ausfertigung abgestempelt zurückgegeben wird, zur Anmeldung zu bringen. Liegen die Stücke in Deutschland, so sind sie mit einem als Formular A bezeichneten Nummernverzeichnis einzureichen, liegen sie im Ausland, so sind sie mittels des Formulars B anzumelden.
Die Einreichung und Rücksendung der Stücke erfolgt auf Kosten und Gefahr des Anmeldenden.
Bei Anmeldung der Stücke ist eine vorläufige Gebühr von 2% des Nennbetrages, mindestens 50 Pf. (Art. 7 Abs. 2 der Satzung), ferner eine von den Anmeldestellen in Ansatz gebrachte Gebühr von 5 Pf. für jedes angemeldete Stück, mindestens 50 Pf., zu entrichten.
Anmeldungen nehmen während der üblichen Kassenstunden entgegen:

- In Berlin:
Die Reichsbank (jedoch nur für die bei ihr hinterlegten Anleihestücke),
Bank des Berliner Kassenvereins (nur für die Mitglieder des Giro-Effekten-Depots),
Preussische Staatsbank (Seehandlung),
Bank für Handel und Industrie,
Berliner Handels-Gesellschaft,
Herr S. Bleichröder,
Commerz- und Disconto-Bank,
Herren Delbrück Schickler & Co.,
Deutsche Bank,
Direktion der Disconto-Gesellschaft,
Berlin, Behrenstr. 31 II, im Juni 1919.
- Dresdner Bank,
Herren Hardy & Co., G. m. b. H.,
Herren Jacquier & Securius,
Herren F. W. Krause & Co., Bankgeschäft,
Herr C. H. Kretzschmar,
Herren Mendelssohn & Co.,
Herr E. J. Meyer,
Mitteldeutsche Creditbank,
Nationalbank für Deutschland,
Herren C. Schiesinger-Trier & Co., Commanditgesellschaft auf Aktien,
Herren Gebrüder Veit & Co.,
Herren Wiener, Levy & Co.

Schutzvereinigung der deutschen Eigentümer von ungarischen Staats- und staatlich garantierten Anleihen.

Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes.

Von Dipl.-Ing. Gottfried Feder. Mk. 2,20 inkl. Teuerungs-Zuschlag.
Die Brechung der Zinsknechtschaft ist unbedingt erforderlich, um erfolgreich sozialisieren zu können, die Brechung ist die einzige Möglichkeit, um einen wahrhaften Völkerbund schließen zu können. Vom gleichen Verfasser erschien: **Der Staatsbankrott, die Rettung.** Mk. 1,35 (inklusive Teuerungs-Zuschlag). In allen Buchhandlungen und vom
VERLAG JOS. C. HUBER, DIessen VOR MÜNCHEN.

Freie Bahn dem Tüchtigen!

Wenn Sie ein tüchtiger Mensch werden wollen, müssen Sie vor allen Dingen ein gutes Gedächtnis aufweisen können. Ein gutes Gedächtnis führt Ihnen in jeder Lage Ihre Vorteile klar vor Augen, es verleiht Ihnen den Blick fürs Praktische, gibt Ihnen Sicherheit und Selbstvertrauen im Gebrauch Ihres Wissens, erweckt und vergrößert Ihre Intelligenz und Arbeitsfähigkeit, kurz gesagt, es macht Sie zu dem Menschen, dem Erfolg im Leben beschieden ist. Ein gutes Gedächtnis ist nun keineswegs angeboren. Jeder, der nur den Willen hat, sich ein gutes Gedächtnis anzueignen, kann zu diesem Ziel gelangen, wenn er hierzu unter Wert - Gedächtnis-Ausbildung - benutzt. — Das Buch ist aus der Praxis für die Praxis entstanden, es unterscheidet sich dadurch vorteilhaft von anderen Werken dieser Art. Wenn Sie es gründlich durgearbeitet haben, so wissen Sie, wie Sie jede Sache anfangen müssen, um sie zum Erfolge zu führen. — Verlangen Sie heute noch unsere ausführlichen Prospekt G 45. Die Zusendung geschieht vollständig kostenlos und ohne Verbindlichkeit für Sie.



Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Professor W. Langenscheidt) Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 29/30.

Juwelier Siegel Brillanten von höchstem Feuer
Berlin NW Friedrichstraße 13
Bedler

Geben einen **5 PS Elektromotor** ev. geg. Gebrauchsgegenstände zu kaufen. Offerten unter Z. 75 an die Expedition der Zeitung.

Stahlrohrmatratzen
für jede Bettstelle nach Maß, an Jedermann. Katalog frei. Eisenrohrfabrik Suhr I. Th.

Ein **Freudentag** ist der **Waschtag**
mit dem patentierten, vollkommen selbsttätig arbeitenden „Liebig's“ Dampf-Wasch-Automaten, der gegen Arbeitszeit, Arbeitslohn, Seife und Feuerung erspart und in jedem Raum für Gas- und Küchenherd benutzbar ist, ohne jede Bedienung, größte Schonung der Wäsche, selbst mit den marktgängigen Bleichmitteln, wovon wir das Bestbewährte auf Wunsch liefern. Die Anschaffung wird evtl. auch durch bequeme Zahlungsweise erleichtert. Preis je nach Größe und dem zuzusetzenden kommenden Teuerungszuschlag von 61 Mark an.
Näheres durch Preisliste V. mit Abbildungen gratis.
„Liebig's“ Dampf-Wasch-Automaten-Zentrale, Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollernsdamm 27a.

Kaufe nur Mittwoch, den 18. bis einschließlich Sonnabend, den 21. Juni, 10-6 Uhr, im Hotel „Nordischer Hof, Invalidenstr. 126, beim Stettin.
Alte Gebisse 6.- Mark, auch gewöhnlichen Platin-Zahn 6.50 bis 1.- Mark, Platin-Silber-Zahn 2.-, 3.- Mark, Platin-Platten-Zahn 4.- bis 6.- Mark. Gebisse in Gold bis 150 Mark. Platin zu höchsten Tagespreisen. Frau E. Willig. 126/9

Norderney
Seit 1870 ein modernes Kurort.
Möbte, Badeherberge (4000), Hotel-Restaurant, herrlicher Strand, Reize der Norderneyer Seebäder.
Sonstige Anlagen auf der vorgelagerten Sandbank. Täglich frische Angestellte bedient die Nordsee-Strandbäder. Führer kostenlos durch die Bade-Einrichtung und den Badeanstalten.

Teppiche
jeder Art repariert, stopft, reinigt
J. Rosenthal,
Taubenstraße 10,
Tel.: Städt. 381.
Ankauf. Verkauf.

Möbel
jeder Art preiswert
Große Auswahl
Möbel-Lechner
BERLIN
Brunnenstraße 7,
Nähe Rosenthaler Platz.

Elektromotore
Gleichstrom, Drehstrom
kauft, tauscht, verkauft (11112)
J. Schönberger, Elektro-Instal.
Blumenstraße 100. Weg. 172a.

Mandoline, Laute.
Gitarre, Wandermundol.
45.-, 50.-, 60.-, 70.-, 80.-, 90.-, 100.-, 110.-, 120.-, 130.-, 140.-, 150.-
Unterricht 5.-
Klaviersonator, evtl. 10 Stg.
Schreibmaschine, Schreibmaschine mit Rubric 125.-, Royal typogr. 65.-, Ernst, Cronen-ferne 166 III.

Ende zu kaufen
modernes, hübsches Wohnhaus, nur im Westen aber weit. Park gelegen mit 2- bis 3-Zimmerwohnungen, möbliert, Warmwasser, Ofenheizung, Obst- und Gemüsegarten sehr erträglich im Preis von 100 bis 200000 Mk. Sehr ausführliche Prospekt senden unter M 25 an die Hauptexpedition d. Zeitung.

!!! Geld !!!
Für jede Wertpapiere, höchste Kurspreise für Pfandbriefe, Wertpapiere, Goldgegenstände, Teppiche, Bilder usw. Weiß, Friedrichstr. 41 III, Ed. Seifert

Im Weiten o. weifhem Botori
Suche ich ein modernes Wohnhaus mit wenig Mietern, bis 5 Zimmerwohnungen, um eine solche bald zu besitzen. Haus mit Warmwasser u. Ofenheizung, freie Garten benutzbar. Preis bis 200000 Mk. Gebiete unter O. 25 an die Hauptexp. d. Z.

Wildunger Helenenquelle
bei Nierenleiden, Harnsäure, Zucker, Eiweiss
Echtes Wildunger Salz existiert nicht.
Man melde im eigenen Interesse die wertlosen Nachahmungen.
1918: Besuch 11,508 Fürstliche Wildunger Mineralquellen, A.-G., Bad Wildungen — Schriften kostenfrei 1918: Flaschenversand 1,570,822
Niederlagen bei Dr. M. Lehmann, J. F. Neff & Co.

reicht kein Festhalten wird daran, daß wir uns die innere Disziplin und Weisung unseres Vorgesetzten vorzeichnen lassen müssen. Es soll damit der Anfang der allgemeinen Arbeit gemacht werden, aber irgendeine Bindung dafür, auch eine Zeit für die Abfassung der allgemeinen Dienstpflicht in den übrigen Ländern, ist nicht vorgesehen worden.

In Bezug auf die Beurteilung des früheren deutschen Kaisers und die Auslieferung der deutschen politischen und militärischen Führer wird lediglich das Zugeständnis gemacht, daß uns die Liste der Personen, die der gegnerischen Gerichtsbarkeit ausgeliefert werden sollen, innerhalb eines Monats mitgeteilt werden wird.

Ueber das Arbeiterrecht wird nur gesagt, daß kein Anseh vorliege, diese ganze Frage nochmals aufzunehmen.

Einigungsbestrebungen als Deckmantel für Zerreißung der Parteiorganisation.

Ein Aufruf des Parteivorstandes.

Der Parteivorstand sendet uns folgende Erklärung: Die Versuche, das feste Gefüge der Parteiorganisation zu zerschlagen, werden neuerdings unter dem heuchlerischen Vorwand, die Einheitsfront des Proletariats herzustellen, betrieben.

In Hamburg hat am 12. Juni eine Versammlung aller Betriebsräte, Vertrauensleute usw. aller Parteien beschlossen, eine geeinte sozialistische — nicht sozialdemokratische — Partei auf der Grundlage der Parteioorganisation zu gründen. Die Betriebsräte sollen die Parteiführer betriebsweise sammeln und zunächst einheitlich wirken. Eine Sonderkommission soll vorläufig die Geschäfte der neuen geeinten Partei führen.

Es ist ein frivoles Spiel, das hier mit der Partei und den Arbeitern getrieben wird. Die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen wäre geeignet, das Selbstbestimmungsrecht der in der Parteiorganisation zusammengeschlossenen Mitglieder, sowohl einzeln als auch korporativ, völlig aufzuheben. Jeder freie persönliche Entschluß wäre ausgeschaltet. Die Arbeiter in den Betrieben würden unter dem unerträglichen Druck terroristischer Minderheiten gestellt. Der helle Wahnsinn oder noch Schlimmeres spricht aus diesem Beschluß, die Lust an der Zerstörung jahrzehntelanger opferreicher und ausdauernder Arbeit. Unter der Behauptung, aufbauend und einigend wirken zu wollen, gibt man vor, durch die Auflösung der Parteiorganisation in Atome zur Einheit kommen zu können.

Diesem Treiben müssen unsere Parteigenossen den heftigsten Widerstand entgegenbringen. Es ist ein verbrecherischer Unfug, der hier betrieben werden soll. Man kann drei Parteien nicht einigen, indem man eine vierte gründet. Der Parteitag hat der Partei in Bezug auf die Einigung klare Richtlinien gegeben. Wer sein Mitgliedsbuch aus der Hand gibt, wer duldet, daß ein anderer es herausgibt, der versündigt sich auf das schwerste an der Partei. Die Arbeiter brauchen die Partei in den kommenden schweren Zeiten notwendiger denn je. Darum, Genossen, haltet fest an Eurer Organisation!

(Wie wir bei Redaktionsschluss aus Hamburg erfahren, ist der beschlossene Aufruf zur Einigung der Mitgliedsbücher noch nicht definitiv angenommen, sondern erst einer Kommission überwiesen worden. Red. „V.“)

Eine neue agrarische Kampforganisation.

Der Vorstoß des Brandenburgischen Landbundes gegen die „Zwangswirtschaft“ im allgemeinen, gegen die sozialistische Regierung im besonderen und gegen den Reichsernährungsminister Schmidt persönlich ist keine zufällige Einzelerscheinung, sondern nur ein Teilstück aus einer neuen agrarischen Kampforganisation. Nachdem der Bund der Landwirte mit seinen Methoden, die jahrelang das deutsche Volk verarmt haben, abgewirtschaftet hat, gründen dieselben Kreise noch denselben alten Methoden allerorten

Jahren und auch nicht in den noch anderer Rechnung bestimmten Zeiträumen tun können.

Vielleicht wird sie es nie! Aber das dürfen und wollen wir nicht glauben! Sonst würde nie ein Jahr ein noch . . . andern können. Sonst bliebe die Menschheit in der Voraussetz für ewig in der Trübsal ihrer je kultivierteren, um so mehr kulturzerstörenden Leidenschaften, und es wäre dann nur eine leere Formensache, wenn man eines Tages, der alten Jahreszahlen müde, mit dem letzten Modenschlage der Silberstunde den Griffel ansetzt, um eine Eins zu schreiben. —

Notizen.

Die Rechte der Bühnenschriftsteller. Der „Deutsche Bühnenverein“, der „Verband Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten“, sowie die „Bereinigung der Bühnenverleger“ haben nunmehr ein Kartell zur Durchführung eines Normalaufführungsvertrages geschlossen.

Vom 1. Juli 1919 an können nur solche Bühnenwerke (einschließlich der ausländischen), deren Urheber dem Verbande angehören, auf den Vereinstheatern zur Aufführung gelangen und die Vereinstheatern können lediglich Aufführungsrechte von Mitgliedern des Verbandes erwerben. Bühnenverleger, die diese Aufführungsverträge vermitteln, müssen der Vereinigung angehören. Hauptzweck des Kartells sind die Sicherung der Vertragsrechte und Vertragspflichten, die tarifliche Festsetzung der Urheberanteile und der Ertrag der ordentlichen Gerichtsbarkeit durch obligatorische, paritätische Schiedsgerichte.

Auf die bisher an erfolgreiche Autoren gezahlten Garantien hat der Verband im Interesse der wirtschaftlich Schwächeren verzichtet; dagegen hat der Bühnenverein alle größeren Bühnen verpflichtet, durch Veranstaltung von mindestens einer Uraufführung die jungen Talente zu fördern.

Die Nationalgalerie hat von dem Berliner Maler Max Neumann das Gemälde „Hegesei“ erworben.

Die radikalsten Künstler Darmstatts haben sich zu einer Sezession zusammengeschlossen. Das Programm steht unter anderem das Herantreiben der Kunst an die werktätige Bevölkerung vor, um den politischen, künstlerischen und kulturellen Konflikt endlich zu erlöschen.

Naturschutz. Das bekannte Buch des Freiburger Gelehrten Konrad Müller, das diesen Titel trägt, erscheint in neuer Auflage (München, Stuttgart). Das Buch sucht in die Notwendigkeit der Land- und Naturschutz, des Wasserbaus und des Städtebaus einzuführen, um zu erreichen, wo sich Platz für freie Natur finden könnte. Ein sachgemäßer Naturschutz schließt die Kulturbestrebungen nicht nur nicht, sondern fördert sie und ist unentbehrlich.

„Landbünde“. So berichtet der Ortsgruppenführer des Landbundes eines Hinterpommerschen Dorfes, ein kleiner Handwerker, daß der Pommersche Landbund unter der Maske eines Professorens gegen den Gewaltfrieden gegründet worden ist und grundsätzlich als Parteigruppenführer entweder Kleinhandwerker oder Kleinbauern zu gewinnen sucht. In einer Versammlung der Ortsgruppenführer wurden aber ganz andere Ziele des Landbundes aufgestellt: 1. Preissteigerung der Getreide, die angeblich zu niedrigen Preisen landwirtschaftlicher Erzeugnisse. 2. Wenn dies nicht fruchtet, Verweigerung der Abgabe der landwirtschaftlichen Produkte. 3. Wenn die ausgehungerten Städter sich etwas holen, Abwehr mit bewaffneter Macht.

Mit erklärlichem Staunen naheten die Handwerker und Kleinbauernmitglieder des Pommerschen Landbundes von diesen sonderbaren Bundeszielen Kenntnis. Sie lehnten nicht nur die geforderte weitere Vertiefung der Lebensnot ab, sondern stellten folgende Gegenforderungen auf:

1. Zeitgemäße Entlohnung des Landarbeiters.
2. Aufstellung der schlecht bewirtschafteten Rittergüter.
3. Hergabe von Pachtland zu gartenbaulichem Betrieb.
4. Verbesserung der ländlichen Wohnungsverhältnisse, besonders auf den Rittergütern.

Von den Vorkämpfern des Landbundes war nämlich behauptet worden, daß die Lohnforderungen der ländlichen Arbeiter übertrieben seien. Würden sie bewilligt, so würden die Großgrundbesitzer zögern, entweder den ganzen Betrieb, weil nicht mehr lohnend, aufzugeben, oder aber sich die landwirtschaftlichen Erzeugnisse über die Höchstpreise hinaus bezahlen zu lassen. Dem wird seitens der Landarbeiter erwidert, daß von einer Rot der Großgrundbesitzer nichts bekannt, vielmehr das gerade Gegenteil festzustellen sei, auch die ländlichen Sparlosen noch niemals berart mit Millionenwerten beladungen waren, wie seit der Kriegszeit.

Jedenfalls zeigen diese Behauptungen des Pommerschen Landbundes-Ortsgruppenführers, daß wir es in den neu etablierten „Landbünden“ mit nichts anderem zu tun haben, als mit einer Auflage des alten ehrlichen „Bundes der Landwirte“, nur mit der Formänderung, daß zur Verdeckung ihrer großagrarischen Ziele Handwerker, Arbeiter, Unterbeamte und Kleinbauern, sowie der Gewaltfrieden Vorschub leisten sollen.

Was soll Gröner in Weimar?

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ läßt sich aus Weimar melden, daß General Gröner, „der Nachfolger Ludendorfs“, von der Reichsregierung dorthin berufen worden sei. Seine Anwesenheit solle bezwecken, die volle Uebereinstimmung der Auffassung der leitenden politischen Stellen mit den militärischen Befehlshabern herbeizuführen.

Sollte sich diese Meldung bewahrheiten, so muß zugegeben werden, daß sie leicht mißverständlich aufgefaßt werden kann. Es interessiert uns, zu erfahren, inwieweit bei der rein diplomatischen Angelegenheit, die jetzt im Vordergrund des Interesses steht, eine Uebereinstimmung politischer Stellen und militärischer Befehlshaber überhaupt in Betracht kommt.

Was ist los?

Von Rügiger Parteigenossen wird uns folgender „amtlicher“ Aufruf, dem Rügiger Amtsblatt entnommen, zur Verfügung gestellt:

Amtliches. Aufruf!

Sämtliche Unteroffiziere und Mannschaften des Wehrdienstes und der Ersatzreserve aller Waffengattungen der Geburtsjahrgänge 1884 bis 1898 haben sich sofort bei der Ortsbehörde ihres Aufenthaltsortes zur Wiederaufnahme in die Stammrolle zu melden.

Die Militärpapiere sind vorzulegen. Beim Fehlen derselben ist persönliche Meldung erforderlich.

Zum Wehrdienst gehören diejenigen, die schon im Frieden aktiv gedient haben und die während des Krieges zum aktiven Dienst einberufenen Wehrpflichtigen, sowie die Landsturmpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1896 bis 1906.

Zur Ersatzreserve gehören in diesem Falle diejenigen, die schon im Frieden der Ersatzreserve angehört und auch im Kriege zum Wehrdienst einberufen waren.

Von vordringendem Aufruf werden auch die Unteroffiziere und Mannschaften betroffen, die sich bereits zur Kontrolle beim zuständigen Bezirksbehörden gemeldet haben.

Zur Meldung sind nicht verpflichtet alle diejenigen, die bereits im Frieden den Landsturmschein (weiß), sowie den Ausmusterungsschein (gelb) hatten und auch während des Krieges zum Wehrdienst einberufen waren.

Bergen, den 13. Juni 1919.

Der Zivilvorsitzende des Kreises Rügen.

Die Ortsbehörden des Kreises werden ersucht, den vorstehenden Aufruf sofort in ersichtlicher Weise bekannt zu geben, die zur Anmeldung Verpflichteten in handchriftlich herzustellende Stammrollen nach unten abgedrucktem Muster aufzunehmen, hierbei die darunter befindliche Anweisung zu beachten und die Stammrollen sobald als möglich, spätestens aber bis zum 19. d. Mts., hierher einzusenden.

Bergen (Rügen), den 13. Juni 1919.

Der Landrat und Zivilvorsitzende des Aushebungsbezirks Rügen.

Mit Recht fragen unsere Genossen, was sie dieser Aufforderung gegenüber beginnen sollen, da ihres Wissens sich innerhalb der letzten 8 Monate in der Welt und speziell in Deutschland mancherlei ereignet habe, was diesen Aufruf von allem Schrot und Korn verwunderlich erscheinen lasse.

Um Aufklärung wird gebeten.

Angriffe auf Freiwilligentruppen.

Berlin, 13. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: In letzter Zeit sind wieder vermehrte Angriffe auf Angehörige der Reichswehr vorgekommen. In der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni wurde ein Zivilist aus Oberschönweide durch einen Schuß am rechten Oberarm verletzt und in das Krankenhaus Königs-Wusterhausen eingeliefert. — Am 6. Juni erlitt ein Wehrmann auf dem Wege nach Jentzen aus dem Hinterhalt Feuer. Die darauf in Hilfe gerufenen Patrouillen hatten ein regelrechtes Feuergefecht mit dunklen Erscheinungen durchzuführen, wobei ein Mann durch Streifschuß verwundet wurde. Ferner sind in der letzten Zeit vielfach Fernsprecheinrichtungen in der Gegend Grünau und Jentzen mutwillig zerstört worden, jedoch Anordnung strenger Maßnahmen nötig wurde.

Die Sorgen Wilhelms II.

Man sollte meinen, daß der ehemalige deutsche Kaiser, über den jetzt das Damoklesschwert einer nahen Verurteilung durch einen internationalen Gerichtshof steht, von Aufregungen zermüht und innerlich gebrochen sein müßte. Dem scheint nicht so zu sein. Im Gegenteil, der Schloßherr von Amerongen sammelt offenbar häufig einen Kreis von Gastfreunden um sich und hält ihnen, ganz wie in den Tagen, da er noch vom Glanz des Thrones umgeben war, Vorträge über Nemata in der laienhaften Weise, die ihn immer ausgezeichnet hat. So wird in einem Bericht der Deutschen Orientgesellschaft in der „Wissenden Zeitung“ erzählt, daß der ehemalige Kaiser eine Veröffentlichung des Professors Koldewey über das Zichtar-Tor in Babylon eingehend studiert und jüngst in Amerongen im Kreise seiner Gastfreunde zum Gegenstand eines erläuternden Vortrages gemacht hat. Das holländische Erzählwerk demnach nicht allzu niederdrückend zu sein, und das deutsche Volk, das heute die kümmerliche Krise seines Staatslebens durchlebt, dürfte sich Glück wünschen, wenn es auch nur von solchen Sorgen geplagt wäre, wie sein ehemaliger Landesherren.

Die Notlage der Rentenempfänger.

Sozialdemokratische Interpellation in der Nationalversammlung.

Weimar, 17. Juni. Die Reichssozialisten haben in der Nationalversammlung folgende Interpellation eingebracht:

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um der streikenden Rot der Zivil- und Militärrentenempfänger schnellstens abzuhelfen?

Die Generalversammlung der S. P. D. zum Parteitag.

Im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses tagte gestern Abend die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Berlin, um den Bericht der Parteitagdelegierten entgegenzunehmen, den Genosse Dittmer erstattete. Der Redner gab in seinem Referat eine ausführliche Uebersicht über den Verlauf der Tagung. Im besonderen meinte er, daß der Parteitag eine erfreuliche Perspektive eröffnet habe, gemessen an dem der Unabhängigen sei er allzugenügend verlaufen. Den Zug nach links können wir nicht völlig unterbinden, aber doch manches tun, um ihn abzumildern. Vor allen Dingen sollte die Arbeiterschaft auch gegen den Terrorismus der Kommunisten und Unabhängigen in den Betrieben zur Wehr setzen. Noske sagte in Weimar, wir hätten nicht den notwendigen Mut, um dieser Verheerung entgegenzutreten, aber gerade Noske macht uns das Arbeiten für die Partei oft sehr schwer. Redner bekräftigt dann die Referate von Müller und Weiß sowie den Bericht von Bartels, der in erfreulicher Weise das Wachstum der Organisation zeigt. Besonders zu begrüßen ist die starke Zunahme der weiblichen Mitglieder. Berlin ist allerdings im Verhältnis zur Gesamtheit weit zurück. In der Diskussion haben es die Berliner Delegierten an sachlicher Kritik nicht fehlen lassen. Noske hatte in seiner Rede zwar in einzelnen Punkten Unrecht, aber der Gesamteffekt war ein guter. Die Enthaltungen Noskes über die Modifikationen der Unabhängigen im Eden-Gotel sollten wir gründlich auswerten. (Zustimmung.) Heines Rede wirkte weniger günstig, aber wir müssen ihm zugestehen, daß der Augiasstall der preussischen Verwaltung nicht so einfach und rasch zu säubern ist. Versteins Rede brachte leider die bekannte böse Entgegnung, die er dann mit dem berühmten „Niederverständnis“ aus der Welt zu schaffen suchte. Aber wir müssen anerkennen, daß Versteins Rede namentlich in der Beurteilung der Kontinentalpolitik auch Gütes enthält. Dagegen ist Cohen für uns glatt erledigt. (Sehr richtig!) Wiffels Rede auf dem Parteitag bedeutete einen Höhepunkt. Sie war von hohem Idealismus getragen und ging doch den Dingen real nach. In der Arbeiterfrage waren wir mit Einheimern durchaus einverstanden, während Cohen, der wohl von seiner Abisolierung tags zuvor noch nicht aufgeklärt war (Heiterkeit) glatt abfiel und nur eine Stimme für seine Kritische erhielt, die übrigens besser waren, als sein Referat. Besonders begrüßt der Redner, daß durch die Wahl der Berliner Genossen Ritter und Frank im Parteivorstand neues Blut zugefloßen ist. Er schließt mit der Ueberszeugung, daß der Sozialismus marschieren wird in der ganzen Welt.

In der Diskussion bezeichnet Gen. Ringler die Rede Wiffels im Gegensatz Dittmers nicht als den Höhepunkt, sondern als den schwächsten Punkt des Parteitages (Widerpruch), denn sie habe doch gezeigt, daß die Regierung kein klares Programm in der Sozialisierung habe.

Wuiffel begründet, daß der Parteitag mit den „Lante Voh“-Sozialisten gründlich Abrechnung gehalten hat. Wenn Noske sagt, wir Berliner hätten nicht den nötigen Mut, dem Terrorismus entgegenzutreten, so hat er leider nicht Unrecht. Der Terrorismus in den Fabriken sollte von unserer Seite in viel schärferer Weise erwidert werden. Manche Genossen, die im Januar und März gänzlich verschwunden waren, führen jetzt das große Wort in der Kritik. Die Genossen, die damals die Regierung mit ihren Leibern gedeckt haben, sind durchaus der Ansicht, daß der jetzige Kurs der richtige ist. (Beifall.)

Edelstein: Es gehört nicht viel dazu, um zu merken, daß viele Parteigenossen mit der allgemeinen Parteipolitik unzufrieden sind. (Widerpruch.) Von 400 Delegierten hat nicht einer die Stimmung der Mitglieder auf dem Parteitag wiedergegeben. Der Parteitag hat nichts Positives geleistet. (Stimmliche Unterbrechungen, der Vorsitzende Genosse Pattloch bittet wiederholt um Ruhe für den Redner.) Die Verächtlichkeit der Freiwilligenverbände erkenne auch ich an, aber die Delegiertenberatungen dieses Systems sind nicht gebührend zurückgewiesen worden. Der Redner verweist unter sorgfältiger Annahme die Theorien Kallstis und der „Sozialistischen Monatshefte“. Referatort verteidigt Wiffels Referat gegen Ringler. In der weiteren Diskussion beteiligten sich noch die Genossen Voigt und Dannenberg. In seinem Schlusswort geht der Redner auf die Einwände Edelsteins ein, die er in längeren Ausführungen unter dem Beifall der Versammlung widerlegt. Folgende Resolution wird vorgeschlagen und angenommen:

Die Delegiertenversammlung des Berliner Vereins der S. P. D. stimmt im allgemeinen den Vorlesungen des Referenten und damit den Beschlüssen des Parteitages in Weimar zu. Insbesondere ist die Zweideutigkeit der unabhängigen Führer bezüglich der Freiwilligen festzustellen, aber auch die Zweideutigkeit einer Politik, wie sie von Cohen und seinen Anhängern, besonders in Berlin propagiert wird. Das Rätesystem im Sinne der Vorlesungen Einheimers ist weiter auszubauen und die planmäßige Sozialisierung ernstlich zu betreiben.

Am Schluß der Sitzung wandte sich der Vorsitzende, Genosse Pattloch, energisch gegen die angeblichen Parteiveranlassungen, die eine gewisse Gruppe einbrachten und unter Mißbrauch des Vertrauens der Redaktion im „Vorwärts“ veröffentlicht hat. In der Debatte wurde das Verhalten des Richters dieser Angelegenheit, Gen. Kriebeling, aus von seinen engsten Gefolgsweggen scharf verurteilt. Gegen zwei Stimmen gelangte eine Entschuldigende zur Annahme, die Schluß jeder Querscheidung bezieht.

Generalversammlung der Maler.

Burgburg, 17. Juni.

Der ganze zweite Verhandlungstag ist mit der Diskussion über den Geschäftsbericht ausgefüllt. Die parteipolitischen Richtungen prallen hart aufeinander. Der Ausspruch lag in der Hauptsache eine Berliner Entschliessung zugrunde, die von der Opposition in Leipzig, Bremen, Gotha und Braunschweig unterstützt war und die im wesentlichen Kritik läßt an den Maßnahmen der Generalkommission und der Vorstände der Gewerkschaften. Weiter heißt es in dieser Entschliessung wörtlich: „Diese ganze Politik stellt eine Kette von Verbrechen an den Interessen der Arbeiterbewegung dar, die nicht schwach genug gerügt werden kann. Die Arbeiterklasse hat zu verlangen, daß die Gewerkschaften als eines der Kampfschiffe im Freiheitskampf des Proletariats den revolutionären Kampf aus nachdrücklichste unterstützen. Aus diesen Gründen ist es Pflicht der Gewerkschaftsmitglieder, überall dort, wo die Gewerkschaftsführer und Angestellten diesem revolutionären Kampf teilnahmlos oder gar feindsüchtig gegenüberstehen, diesen Kampf in seinen einzelnen Phasen nicht unterstützen, sondern ihm die größten Hindernisse bereiten, mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten und sie nötigenfalls ihres Postens zu entheben.“

Währenddessen kamen auch Redner zum Wort, welche die Schuld nicht auf Personen, sondern auf die Verhältnisse zurückführten und dafür eintreten, daß die gewerkschaftlichen Organisationen nicht zum Zummelplatz für politische Streitigkeiten gemacht werden dürfen. Die gewerkschaftliche Einheitsorganisation, die die Macht und die Stärke des Verbandes bedeutet, müsse erhalten bleiben. Die Lohn- und Tarifpolitik wurde von mehreren Rednern entschieden verteidigt. Die Höhe der Löhne habe, trotzdem der Beruf im Kriegsbuch lag, Schritt gehalten mit denen anderer Gewerkschaften.

Silberschmidt-Berlin, als Vertreter der Generalkommission, verteidigt in ausführlichen Darlegungen die Politik der Generalkommission, deren ganze Maßnahmen von den Gedanken geleitet seien, alles zu tun, um die Interessen der Gewerkschaften und der gesamten Arbeiterschaft zu wahren. Die deutsche Arbeiterschaft habe unter der Monarchie und dem Kapitalismus, sondern, weil es in dem Kampfe um die wirtschaftliche Existenz des deutschen Volkes gehe. Das sei heute bei den Friedensbedingungen, die und die Gegner auferlegen wollen. Der kommende Gewerkschaftskongress werde ja das Urteil fällen, ob die Generalkommission die gewerkschaftlichen Interessen der organisierten Arbeiterschaft irgendwie verletzt habe. Das Bestreben aller soll darauf gerichtet sein, nicht auseinanderzutreiben und zu trennen, sondern zusammenzukommen zum Wohle der gesamten Arbeiterschaft.

Gewerkschaftsbewegung

Schwarze Listen.

Mit welcher Dreifigkeit die Herren Arbeitgeber wieder operieren, zeigt folgender Fall. In einem Damenhutbetriebe waren die Arbeiterinnen in den Ausstand getreten, um eine Lohnausbesserung zu erreichen.

Obwohl die ganze Angelegenheit schon am nächsten Tage zugunsten der Arbeiter erledigt war, besetzte sich doch der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, folgendes Schreiben an seine Mitglieder zu versenden:

Arbeitgeberverband der Hutindustrie E. B. Ortsgruppe Berlin.

Sehr geehrter Herr!

Bei der Firma A. S. (Kurt Friedland) Berlin sind heute nachstehend aufgeführte Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik getreten und bitte ich Sie, von diesen niemand in Ihrem Betriebe einzustellen.

Schlichtungsbevollmächtigter

Siegmund Cohn.

Folgt die Liste von 19 Arbeitern und Arbeiterinnen mit Wohnungsangabe.

Jeder weitere Kommentar erscheint hier wohl überflüssig. Die Antwort der in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wird auf dieses provozierende Vorgehen der Arbeitgeber nicht ausbleiben.

Die Fachgruppen Ia und Ib (Kriegsgesellschaften und Oererebetriebe) hielten, wie aus dem Ausschuss der vereinigten Angestelltenverbände Groß-Berlins geschrieben wird, im Plenarsaal des Herrenhauses eine Sitzung ab, um gegen den Einspruch des Zentralausschusses wegen Unterhaltung eines eigenen Bureau mit bezahlten Angestellten und Erhebung eines Organisationsbeitrages (Schreiben vom 8. Mai 1919) Stellung zu nehmen.

Eigenartig mutete lange gewerkschaftlich organisierte Kollegen die erste Sitzung der Versammlung an, der man alles andere

als Objektivität nachsagen konnte. Eine angenehme Abwechslung bot der Vorschlag eines Kollegen, einen anderen Versammlungsleiter zu bestimmen, der dann mit erfreulicher Objektivität bemüht war, die Verhandlungen in ein sachliches Fahrwasser zu leiten.

Leber die mehr als willkürliche Zusammensetzung der Vertreterschaft der Kollegen in den Kriegsgesellschaften Worte verlieren, hieße Gulen nach Ähren tragen.

Eine ganz besondere Schimpfanrede gegen die AFA leistete sich der Kollege Schlegelbäder, aus der man annehmen konnte, daß er in gewerkschaftlicher Beziehung ein absoluter Keuling ist und es ihm leider wie vielen anderen neuen Gewerkschaftsfolgern geht, daß sie Erreichbares und Unerreichbares schwer auseinander halten können. Die Einleitungsrede gab Herr Lindig und ermahneten wir nach dieser eigentlich eine recht sachliche und fruchtbringende Auseinandersetzung. Wir können unserer Gesamtkollegen in den Kriegsgesellschaften und Oererebetriebe gerade mit Rücksicht auf ihre ganz besondere Ausnahmestellung in unserem Wirtschaftskreis empfehlen, sich nicht an der offenen Kampfanfrage des 14er Ausschusses gegen die freien Gewerkschaften zu beteiligen, sondern sich unter allen Umständen der ruhigen und leidenschaftslos Vertretung durch die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände anzuschließen, denn gerade diese hat in ihrer zwanzig- und mehrjährigen Erfahrung bewiesen, daß man nur so etwas Ersprießliches für die Kollegen erreichen kann.

Datum darf unser Ruf nur lauten: „Organisiert Euch in den Gewerkschaften der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.“

Reaktionäre Arbeitgeber scheinen die Unternehmer des Tiefbaugewerbes für Groß-Berlin zu sein, denn sie wollen selbst heute noch nicht einmal die Gewerkschaften ihrer Angestellten anerkennen. Allerdings haben sie gelernt, sich der gewerkschaftlichen Kraft ihrer Arbeiter zu fügen, den Angestellten gegenüber glauben sie aber noch wie vor, den Herrn im Hause herauslehren zu dürfen. Der Bund der technischen Angestellten und Beamten trat bereits im Februar d. J. im Auftrage der Schachtmeister, die sich ihm angeschlossen haben, an den Reichsverband für das Deutsche Tiefbaugewerbe mit der Bitte heran, Tarifvereinbarungen für Schachtmeister zu treffen. Nach längerer Korrespondenz, die nur sehr unwillig von Seiten der Arbeitgeber geführt wurde, vermisst der Reichsverband den Bund an den Vorsitzenden der Ortsgruppe Berlin, Herrn Regierungsbaumeister Dohme. Dieser Herr erklärte in einem Schreiben an den Bund, ihn nicht als geeigneten Vertreter der Schachtmeister anerkennen zu wollen. Er wandte sich aber an den hiesigen Schachtmeisterverein, dem er mitteilte, daß der Reichsverband bereit sei, mit diesem Verbands in Verhandlungen einzutreten. Das ist begreiflich. Die Herren Arbeitgeber sagen sich, eine derartige Vereinbarung verfügt natürlich nicht über die nötige Anzahl von zu Verhandlungen geeigneten Personen, man kann daher verhältnismäßig leicht mit ihr fertig werden. Da sich aber die Mitglieder des Schachtmeistervereins sämtlich dem Bund der technischen Angestellten und Beamten angeschlossen haben, so beantragen sie neuerdings ihre Organisation, den Bund, die Verhandlungen aufzunehmen. In einer in Wollschlägers Vereinshaus tagenden, stark besuchten Versammlung der Schachtmeister wurde auf das schärfste gegen das Verhalten des Arbeitgeberverbandes protestiert. Die Schachtmeister sind bereits mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für ihre Interessen eingetreten, um die Arbeitgeber zu Verhandlungen zu zwingen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme.

In der Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Handlungsgesellschaften, über die wir in unserer Nummer vom Dienstag früh berichteten, hat, wie wir jetzt aus einem Versammlungsbericht der „Freiheit“ entnehmen, Schmidt in seinem Geschäftsbericht Neuerungen in bezug auf den „Vorwärts“ getan, die wir nicht unwillig lassen möchten. Der „Freiheit“-Bericht läßt Schmidt sagen:

„Man müsse den „Vorwärts“ zwingen, die Erklärungen wortgetreu zu bringen. Von der Demonstration im Sportpalast habe er kein Wort gebracht, während die bürgerlichen Verbände von ihm gepöppelt werden.“ Hierzu belonen wir folgendes: Die Versammlung im Sportpalast haben wir in Ermangelung eines Berichterstatters an dem Tage nicht wahrnehmen können. Wir erfahren am anderen Tage aus verlässlichen Quellen, daß der Referent Schmidt in jener Versammlung im wesentlichen wiederholt hat, was er bereits einige Tage vorher in einer anderen Versammlung — über die der „Vorwärts“ berichtete, zum Ausdruck brachte. Wenn Schmidt jedoch aus dieser publizistischen Unterlassung sich zu der Behauptung verleiht, daß die bürgerlichen Verbände vom „Vorwärts“ gepöppelt werden, so müssen wir uns mit aller Entschiedenheit dagegen wenden. Den Beweis für diese Behauptung wird uns Schmidt nicht erbringen können. Die Tatsache, daß Schmidt als Mitglied und Vertreter der U. S. P. dem „Vorwärts“ als politisches Blatt ablehnend gegenüber steht, berechtigt ihn keineswegs, seine gewerkschaftliche Vertrauensstellung zu benutzen, um gegen den „Vorwärts“ beweislose Behauptungen und Verdächtigungen zu schleudern. Wenn Schmidt des weiteren betont, man müsse den „Vorwärts“ zwingen, die Erklärungen wortgetreu zu bringen, so wissen wir zunächst nicht, was er damit

meint. Von vornherein möchten wir jedoch betonen, daß der „Vorwärts“ sich von niemand zwingen läßt, etwas aufzunehmen. Der „Vorwärts“ hat sich trotz aller radikalen Maulhelden bisher lediglich als Sprachrohr der modernen Arbeiterorganisationen gefühlt und das wird er auch für die Zukunft sein.

Um die Spandauer Oererebetriebe.

Genosse Doms als Mitglied der Dreier-Kommission bittet um Aufnahme folgender Forderungen: Noch immer gehen über die Staatsbetriebe allerlei falsche Gerüchte durch die Presse, sei es, um die Arbeit der Dreier-Kommission zu diskreditieren, oder sei es, um die augenblicklich bei der Zentralverwaltung der Reichsbetriebe bestehenden Verhältnisse zu verfälschern.

Die Spandauer Betriebe sind leider dem Reichsschatzministerium unterstellt. Man spricht so viel von der ungeheuren Vergeudung der Steuererlöse vor Schließung der Betriebe. Sind dem Einsender des Artikels vom 13. Juni nicht die ungeheuren Widerstände gerade des Ministeriums, dem sie heute unterstellt sind, bekannt? Für den enormen Geldaufwand werden die alte Generaldirektion und der frühere unabhängige, spartanische Arbeitererrat verantwortlich gemacht. Ist dem Einsender nicht bekannt, daß derselbe nur aus Mitgliedern der U. S. P. und U. S. B. D. bestand? Seit der ersten Verfügung über die vorläufige Schließung der Betriebe sind 8 Wochen ins Land gegangen. Es ist noch kein Amboß umgefallen, aber bei der Herausholung von Rohmaterialien ist es schon zu den schärfsten Protesten seitens des Abgeordneten Stahl, sowie den einzelnen Direktoren gekommen. Eine Rentabilität wird von den verschiedensten Sachkennern trotz aller Energie und allen Fleißes sehr in Frage gestellt, es ist auch nicht an eine Amortisation zu denken.

Ein Vertreter des alten, infolge der Mißwirtschaft seines Amtes entsetzten Arbeiterrats soll behauptet haben, daß für 800 Millionen Mark Aufträge vorhanden gewesen sein sollen. Es ist dem Kollegen Fischer nie eingefallen, eine derartige Behauptung aufzustellen. Dem Berichterstatter muß auch aus der Gewerkschaftskonferenz ein Fehler unterlaufen sein, so daß er 108 mit 800 Millionen verwechselte. Wenn der Einsender von nur 48 Mill. Aufträgen spricht, so kann er damit in unterrichteten Kreisen keinerlei Glauben finden.

Deutscher Holzarbeiterverband, Abtheilung Berlin, Freitag, den 20. d., abends 7 Uhr, Generalrat, im Oererebetriebe (gr. Saal). — Klavier-, Klavier- und Pianomechaniker. Der im Tarif vorgesehene Anstieg an den hies. Arbeitsnachweis ist jetzt vollzogen. Die Vermittlung findet von 8 bis 12, für Maschinenarbeiter von 10 bis 12 vormittags Radebr. 9 III statt.

Tarifverhandlungen im Bankgewerbe, Freitag, nachm. 4 1/2 Uhr, findet im Festsaal des Verrenhauses eine Vertrauensmännerversammlung statt, in der Herr Bruno Marx über den Stand der Tarifverhandlungen Bericht erhalten wird. Beglückwünschung (Vertrauensmännerversammlung) des Mitglieds, ist mitzubringen.

Bund der technischen Angestellten und Beamten, Nachtrag der Kunstgewerbezeichner, Freitag, den 20. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Berliner Rathaus, Oererebetriebe, Mitgliederversammlung. Aus unorganisierte Kunstgewerbezeichner (Trennarchitekten, Bildhauer, Steinmetz, Kupferstecher, Kunstschmiedegeräte, Malerzeichner usw.) sind hiermit eingeladen.

Transportarbeiterverband, Die Oererebetriebe der Arbeiterausstände werden durch den Kauf, Warenhäuser und Spezialgeschäfte Groß-Berlins werden hiermit zu der am Freitag den 20. Juni, abends 7 Uhr, im Rönigkbad Kasino, Holzmarktstraße, stattfindenden Sitzung freundlichst eingeladen.

Werbung! Spandauer Staatsbetriebe, am Freitag, den 20. d. 11. 1/2 Uhr, findet in den Oererebetriebe, Oererebetriebe, eine Versammlung sämtlicher Arbeiter, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Vertrauensleute statt. Doms, Fischer, Meyer.

Seemann, Pirichhorn, Woodorf, Niehm Schöne, Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte obiger Firmen: Am Freitag, 4 Uhr, im Kasino, Brangelstr. 8/9, wichtige Versammlung. Der Arbeiterrat Müller.

Industrie und Handel.

Die Steinkohlenförderung im Ruhrkohlengebiet.

Essen, 18. Juni. Die Steinkohlenförderungen haben nach dem Rückgang, der in den ersten Tagen des Monats Juni zu verzeichnen war, in der bergangenen Woche noch nicht wieder die Zahlen von Ende Mai erreicht. Die Förderung überschritt nur an einem Tage 225 000 Tonnen, im übrigen betrug der Tagesdurchschnitt 215 000 Tonnen. In der Wogengesteigerung waren auch weiterhin Fehlschiffen zu verzeichnen. Die Wogengesteigerung im Durchschnitt wertschöpfend 15 500 Wagen, die Fehlschiffen 350 Wagen. Die Durchschnittsleistung der Duisburger Ruhrorter Kipper blieb auf Grund 12 000 Tonnen täglich stehen. Der Tagesdurchschnitt der Kanalwagen betrug 4500 Tonnen, blieb also immer noch um 2500 Tonnen hinter den in den letzten Wochen des Mai erzielten Durchschnittsleistungen zurück.

Verantwortlich für den Inhalt: Walter Müller, Oererebetriebe, für den Oererebetriebe Teil des Blattes: Alfred Scholz, Radebrück; für den Oererebetriebe Teil des Blattes: Alfred Scholz, Radebrück; für den Oererebetriebe Teil des Blattes: Alfred Scholz, Radebrück; für den Oererebetriebe Teil des Blattes: Alfred Scholz, Radebrück.

Leipziger Str. Künigsstraße Moritzplatz Rosenfelder Str.

A. WERTHEIM

G. M. H. B. Versand-Abteilung Berlin W 66 Leipziger Str.

Antiquariat

Farbendrucke auf den deutschen Kolonien. 45 farbendrucke geographische Aufnahmen nach der Natur. 2 25

Zuavogel. Reiseerinnerungen aus den Ost- und Westindien. Von Carl von S. 95

Von der Pflanze zum Ornament. Von Frau S. 4 50

Das Kunstgewerbe. Von Bruno W. 10

Geschichte des zweiten Kaiserreichs. Von Frau S. 5 00

Goethealben. Von Frau S. 2 50

Industrielle Kunstgeschichte von Dr. Georg Brauer, Professor an der Technischen Hochschule in Wien, mit 1500 Abbildungen im Text und 61 mehr- und einfarbigen Bildern auf Kunstdruckpapier. 2 Bände, 1072 Seiten, elegant gebunden. 37 50

Vollständiges Handbuch der humanen Ethik. Von Dr. G. 9 75

Theodor Körners familiäre Werte. Von Dr. G. 7 50

Vertebers-Globus. Von Dr. G. 65 00

Gotthold Ephraim Lessings Leben und Werke. Von Dr. G. 95

Preiswerte Reiselektüre

Neunzig-Pfennig-Bücher

- Jeder Band in modernem Phantasie-Coverband M. 2 40
- Herold Kuerbach, Barfüßler
 - H. E. Drachvogel, Friedmann Das
 - E. L. Duwer, Die letzten Tage Pompeji
 - J. B. Gaudin, Handel und Wandel
 - H. Gaus, Lichtenstein
 - J. D. Jacobson, Frau Maria Grubbe
 - Selma Lagerlöf, Gösta Berling
 - E. Mariti, Die Frau mit den Karfunkelsteinen
 - Das Geheimnis d. alten Namstel
 - Goldfisch
 - Im Hause des Kommerzienrats
 - Reichsgräfin Gisela
 - Die zweite Frau
 - Das Heideprinzessen
 - E. Mariti, Im Schillinghof
 - Ammonns Naga und Anderes
 - G. Burger, Rippenerleben
 - J. B. Schell, Etchard
 - S. Gieniewicz, Aus Paris
 - Thod. Storz, Imweier u. a. Novellen
 - Haus Salmerus u. and. Novellen
 - Larsen Larval u. and. Novellen
 - Bans und Heinz Kirz u. andere Novellen
 - Der Schimmelreiter und andere Novellen
 - Es waren zwei Königskinder und andere Novellen
 - L. Wallace, Den Bar (2 Bände)

Passendes Geschenk für Jung und Alt Briefmarken von Anfang bis Ende (Uebersee - Europa - Deutsche Kolonien - Kriegsmarken) Briefmarken-Alben in allen Dreilagern mit Verdrud (Schaued, fest gebunden und permanent). Für Spezial-Sammler Extra-Malgabe ohne Verdrud

Musikalien-Abteilung:

- 1) 10 ausgewählte Klavierstücke
- 2) 10 ausgewählte Lieder
- 3) 10 Operetten-Walzer und andere Tänze
- 4) 10 Operetten-Lieder mit Text

Antiquariat

Stunden mit Goethe. Von Frau S. 4 50

Die Geburt des Menschen. Von Frau S. 1 25

Panorama der Weltgeschichte. Von Frau S. 19 75

Die Kunst der japanischen Teezeremonie. Von Frau S. 9 50

Die Gesundheit im Haus. Von Frau S. 14 50

Geschichte der Materie. Von Frau S. 95

Die Kunst der japanischen Teezeremonie. Von Frau S. 14 25

Die junge Mutter. Von Frau S. 8 75

Geschichte der Griechen und Römer. Von Frau S. 6 75

Das Emilie Bolas Roman. Von Frau S. 3 85

4 Bände antiquarische Noten

Jeder Band verschiedenen Inhalts. 1) 10 ausgewählte Klavierstücke / 2) 10 ausgewählte Lieder / 3) 10 Operetten-Walzer und andere Tänze / 4) 10 Operetten-Lieder mit Text jeder Band 1.90